

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Sonnabend, den 25. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Der Raub der Mongolei.

„Rußland hat nichts im Westen zu suchen. Es kann dort nur den Nihilismus und andere Krankheiten holen. Seine Mission liegt in Asien. Dort tritt es die Zivilisation.“
Fürst Bismarck.

Während Europa mit der Balkanfrage und der immer wieder auftauchenden Gefahr eines Weltkrieges zu tun hatte, hat die russische Diplomatie den sorgfältig vorbereiteten Schlag gegen die chinesische Republik geführt, der mit der kaum verhüllten Annexion der Mongolei durch Rußland die Aufteilung der chinesischen Außenländer einleitet und damit die gesamte ostasiatische Frage wieder aufrollt. Die russische Diplomatie hat diesen Coup schon lange vorbereitet. Von Japan aus Korea und Port Arthur zurückgeworfen, schloß sie mit dem gestrigen Feinde ein Bündnis, dessen Spitze sich unverkennbar gegen China richtet. Der vorjährige Besuch des Fürsten Kasjura in Petersburg schloß die Abmachungen ab, nach denen sich Rußland und Japan wegen der Mandchurei und Mongolei einigten. Als dritte ausschlaggebende Macht kam England in Betracht, dessen Einwilligung sich der russische Minister des Außen, Sjasonom, bei seinem vorjährigen Besuch in Balmoral, gegen die Gewährung eines ähnlichen Vorgehens Englands in Tibet, einholte. Allerdings mußte hier der Gedanke an eine offene Okkupation der chinesischen Außenländer fallen gelassen werden, da die genannten Staaten sich mit verpflichtet hatten, „mit allen ihnen zugänglichen Mitteln die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit Chinas zu verteidigen.“ Konnten aber diese Provinzen nicht offen angegliedert werden, so einigten sich die drei Vorschwörer dahin, Bufferstaaten ins Leben zu rufen, die unter der Abhängigkeit der betreffenden Großmacht geraten konnten. Die Revolution und die Einführung der Republik in China gab den äußeren Vorwand für ein solches Vorgehen. Die russische Regierung injizierte mit Hilfe ihrer Agenten, die mit Rubelstücken und Schnaps nicht knauserten, die sogenannte Unabhängigkeitserklärung der mongolischen Fürsten, um sodann mit scheinheiliger Miene das ihr angetragene Protektorat über das von China „bedrängte“ Land anzunehmen. Allerdings erklärte Herr Sjasonom am 26. April v. J. in der Duma, von einem Protektorat über die Mongolei könne nicht die Rede sein, da es für Rußland nur eine Last bedeuten werde. Unterdes aber hat die russische Diplomatie Vorkehrungen getroffen, die das unter chinesischer Souveränität stehende Land völlig von Rußland abhängig machen und es auf eine Stufe stellen mit den mittelasiatischen „Schutzstaaten“ Chiwa und Buchara. Rußland hat bereits, obgleich der größte Teil der mongolischen Fürsten den Pakt zwischen den Kreaturen Rußlands und der russischen Regierung nicht anerkennt und zu China hält, die wichtigsten Städte mit seinen Truppen besetzt, die Bildung einer mongolischen Armee begonnen, die Zivilverwaltung an sich gerissen und bei dem offiziellen Empfang der mongolischen Sondergesandtschaft in Petersburg die Existenz der „autonomen“ Mongolei öffentlich anerkannt. Als vor etwa 10 Jahren derselbe russische Agent Djordschief, der jetzt die mongolische Gesandtschaft in Petersburg eintraf, betrachtete England dies als eine Verletzung der chinesischen Oberhoheitsrechte, und entsandte eine Expedition nach Tibet, um den Sonderbestrebungen des Dalai-Lama, des geistlichen Oberhauptes des Landes ein Ende zu setzen. Nun aber, wo der von Rußland gekaufte Hutuchta, das geistliche Oberhaupt zweier mongolischer Stämme, denselben Schritt unternimmt, setzt es sich, um die Existenz der Entente mit Rußland aufrecht zu erhalten, über den russischen Rechtsbruch gegenüber China ebenso hinweg, wie über die russische Raubwirtschaft im Norden Persiens. Hier wie dort opfert England die Interessen seiner asiatischen Politik und seines Handels den immer zunehmenden Ansprüchen seines Ententegenossen Rußland, allerdings nicht ohne entsprechende Kompensationen in seinen Einflußsphären einzuheimen.

Das jetzt von Rußland an sich gerissene Gebiet, das einen Flächenraum von 1½ Millionen englischen Quadratmeilen umfaßt, schließt die Kette, der jetzt unter russischem Einfluß stehenden Länder, die sich längs der sibirischen Grenze vom Pamirplateau bis zur Mandchurei hinzieht. Die Provinz Ni grenzt an das russische Semiretschensgebiet und ist strategisch wie wirtschaftlich am wichtigsten. Der mittlere Teil der Mongolei, das eigentliche Chatscha, wird vom Süden und Südosten von der Wüste Gobi begrenzt, der östliche Teil, die Provinz Chaitar geht schon zur Mandchurei über. Die

Grenzen des neuen russischen Schutzgebietes liegen vorläufig noch nicht fest. Sie hängen einerseits ab von den Ansprüchen, die Japan außer der Mandchurei auch in der Mongolei stellen wird, andererseits von dem Machtbereich der sogenannten mongolischen Regierung, die vorläufig nur über ein Zehntel des gewaltigen Gebietes verfügt. Trotz dieser Einschränkungen wird das Nebereinkommen Rußlands mit dem Hutuchta wohl als Waffe zur Unterwerfung der gesamten äußeren Mongolei angewendet werden, da China, innerlich noch nicht gefestigt und durch wüste Strecken von der Mongolei getrennt, vorläufig kaum imstande sein wird, dem Eindringen der russischen „Protektoren“ Einhalt zu gebieten, die auch den ihnen feindlich gegenüberstehenden mongolischen Stämmen ihren „Schutz“ aufzwingen werden.

Die Handhabe hierzu bietet ihnen das Abkommen, das am 21. Oktober (3. November) 1912 von ehemaligen russischen Gesandten in Peking, Koroftowez mit einigen mongolischen Fürsten abgeschlossen, und am 26. Dezember auf Befehl des Zaren vom Senat veröffentlicht worden ist. Obgleich das Abkommen, wie erwähnt, nur mit einem kleinen Teil der mongolischen Häuptlinge gegen den Willen der großen Mehrheit getroffen wurde, beginnt der Vertrag mit dem Hinweis auf den „im ganzen Volke zum Ausdruck gelangten Wunsch“ sich von China selbstständig zu machen, den Hutuchta als Oberhaupt anzuerkennen und zu Rußland in Beziehungen zu treten. In dem Vertrag selbst übernimmt die russische Regierung, die mit solcher Virtuosität die Autonomie Finnlands vernichtet und mit Füßen tritt, die Verpflichtung, die Autonomie der Mongolei zu schützen, und ihr vor den Ansprüchen Chinas beizustehen. Deutlicher noch kommt das russische Protektorat in 17 Artikeln des Protokolls über die Rechte der russischen Untertanen in der Mongolei zum Ausdruck. Ohne daß den Mongolen gleiche Rechte in Rußland gewährt werden, räumt dieses Protokoll den russischen Untertanen nicht nur das Recht auf zollfreien Handel ein, es liefert ihnen auch die umfangreichen Ländereien, die Forsten und die reichen Naturschätze des Landes aus. Die russische Regierung darf nach Gutdünken Konsulate einsetzen, Truppen ins Land bringen, Faktoreien einrichten usw. Verhandlungen mit dem Ausland, also auch mit China finden stets über Petersburg statt. Russische Untertanen genießen das Recht der Exterritorialität und unterstehen dem Gerichte des russischen Konsuls oder Konsulsvertreters. Wie aus diesen Stichproben hervorgeht, erwirbt die russische Regierung nicht nur alle politischen und strategischen Vorteile, die mit der „friedlichen Durchdringung“ dieses gewaltigen Gebietes verknüpft sind, es unterwirft auch die meist aus Nomadenstämmen bestehende Bevölkerung der Willkür und schrankenlosen Ausbeutung der russischen Einwanderer, schafft für den wucherischen russischen Handel eine Monopolstellung und liefert die unermeßlichen Ländereien und Naturschätze des Landes der Habgier der russischen Kapitals aus.

Dem letzten Umstande ist es zuzuschreiben, daß die russische Bourgeoisie trotz ihrer Besorgnis wegen der möglichen Komplikationen den Raub der Mongolei mit Freuden begrüßt. Der russische Ausfuhrhandel ist nicht einmal in der Mongolei konkurrenzfähig, das hat die „Moskauer Handels-Expedition nach der Mongolei“ in ihrem kürzlich erschienenen Bericht festgestellt. Danach haben die russischen Kaufleute in der Mongolei, und zwar gerade die großen Handelshäuser, durch rückwärtslose Bewucherung der Mongolen deren Vertrauen verherzt. „Unsere Lage auf dem mongolischen Markte, wenigstens in der nördlichen Mongolei, ist zweifellos in den letzten Jahren stark erschüttert worden; chinesische Kaufleute, in Massen in diese Gebiete vorgezogen, sind inzwischen hier schon die Herren der Lage geworden und haben unseren Handel auf den zweiten Platz gedrängt; unsere Manufaktur, Lederindustrie, Metallwaren usw. verschwinden allmählich vom mongolischen Markte und werden durch solche chinesischer, amerikanischer, deutscher und englischer Herkunft ersetzt. In den Gegenständen der Masseneinfuhr werden wir auf der ganzen Linie zurückgedrängt.“ Schon vor der Verkündung der mongolischen „Autonomie“ haben die russischen Kaufleute, nach den Feststellungen derselben Handels-Expedition, wie in einem eroberten Lande gehandelt, der gutmütigen Bevölkerung ihre schlechten Waren zu horrenden Preisen aufgezwungen, Monopole an sich gerissen usw. Nun, nach der Einverleibung der Mongolei, vor der ausländischen Konkurrenz geschützt, und mit allen Machtmitteln kolonialer Eroberer ausgerüstet, werden die russischen Händler und sonstige Freibeuter mit verdoppelter Energie gegen die mongolische Bevölkerung vorgehen, und sie alle Schönheiten der ursprünglichen Kapitalsakkumulation an eigenem Leibe spüren lassen. Bildete jetzt bei einem Teil der Mongolen das Vordringen der chinesischen Kolonisten, der Anbau der bisherigen Viehweiden den Grund ihrer Abneigung gegen China, so werden die Mongolen jetzt, wo die Russen

nicht als Kolonisten, sondern als Herren und Ausbeuter ins Land kommen, erkennen, daß sie den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben haben. Drohte ihnen bisher nur die Gefahr, aus einem Nomadenvolk in Ackerbauer verwandelt zu werden, so droht ihnen jetzt, neben der Bewucherung durch die russischen Händler, die völlige Vertreibung vom Grund und Boden und die Verwandlung in willenlose Sklaven der großen russischen Kapitalgesellschaften, die jetzt bereits zu Spottpreisen gewaltige Landstücke mit sämtlichen Mineralreichtümern vom Hutuchta erworben haben.

Betrachtet man neben diesen wirtschaftlichen Ergebnissen des russischen Vorgehens gegen die Mongolei die allgemeinen weltpolitischen Konsequenzen, so gewinnt man ein Bild, das mit dem an die Spitze dieses Artikels gesetzten Ausspruch Bismarcks, das als Dogma der deutschen Diplomatie angesehen werden kann, in denkbar schärfstem Widerspruch steht. Es wird nicht nur ein ungeheueres Gebiet von dem Weltmarkte abgetrennt und der wucherischen kolonialen Ausbeutung des russischen Kapitals ausgeliefert, auch die damit verknüpfte Schwächung Chinas und die nun eingeleitete Aufteilung der chinesischen Außenländer ist eine Tatsache von weittragender weltpolitischer Bedeutung, die auf das gesamte Wirtschaftsleben Europas zurückwirken dürfte. Trotzdem scheint das Bismarcksche Dogma auch jetzt noch in Deutschland Anhänger zu finden. So machte der Leitartikel der Kreuzzeitung, als die mongolischen Angelegenheiten in ein entscheidendes Stadium traten, der russischen Diplomatie den unverhüllten Vorschlag, sich gegen eine ernstliche Kriegsgesfahr in Ostasien mit den „beiden benachbarten Kaiserreichen“, d. h. mit Deutschland und Oesterreich zu verständigen. „Nur müßte diesmal Fürsorge getroffen werden, daß die guten Dienste, die man Rußland für den Fall von Verwickelungen in Ostasien gern leisten wird, von Rußland nicht ebenso schnell wieder vergessen werden wie nach dem japanischen Kriege.“ Diese freundliche Offerte des führenden konservativen Organs zeigt, daß man mindestens in den Kreisen der deutschen Junker nichts einzuwenden hätte, die Interessen des deutschen Handels in China preiszugeben, und die Interessen eines Millionenvolkes gegen etliche Konzessionen seitens Rußlands zu verschachern.

Politische Rundschau

Deutschland.

Kalidebatte.

Die Vorschläge, die die Budgetkommission zur Änderung des Kaligesezes gemacht hat, haben den größten Teil der gestrigen Plenarverhandlungen in Anspruch genommen. Viel Aufmerksamkeit und Interesse erweckte diese Debatte freilich nicht. Das Haus war größtenteils recht leer, während die Abgeordneten in den Wandelgängen mit viel größerer Teilnahme die neuesten Balkanereignisse besprachen. Bientlich allgemein herrscht die Auffassung vor, daß die Großmächte um keinen Preis einen erneuten Ausbruch der Feindseligkeiten erleichtern dürfen. Viel Aufsehen erregte die offiziöse Kundgebung, die die „Nordd. Allgemeine Ztg.“ am Abend zu den Gerüchten über eine angebliche neue Militärvorlage brachte. Die Anfrage, die der Genosse Dr. Gradnauer über diesen Punkt eingereicht hat (siehe nächsten Stück), erhielt damit überraschend schnell ihre Beantwortung. Die Regierung gibt, ohne Einzelheiten mitzuteilen, die Tatsache zu, daß eine neue Wehrvorlage dem Reichstag zugehen wird. Offenbar sind auch die Verhandlungen zwischen Regierung und Zentrum — die übrigens die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu dementieren versucht — über die Aufhebung des § 3 des Seiwitengegesetzes bestimmt, die Zustimmung des Zentrums zu den neuen Rüstungen rechtzeitig einzuhandeln.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine Reihe kurzer Anfragen erledigt. Die Regierung bestritt, auf eine Frage des Herrn Dr. Müller-Meinungen, daß eine Anwerbung zugunsten der französischen Fremdenlegion auf deutschem Gebiet ausgeübt wird. Auf die Frage des Genossen Ledebour nach den amtlichen Feststellungen über die Grausamkeiten gegen die türkische, arabische und jüdische Bevölkerung durch die Balkantruppen antwortete der Regierungsvertreter, daß eine Nachprüfung nicht habe stattfinden können. Die Entsendung einer internationalen Kommission zur Untersuchung dieser Vorgänge will die Reichsregierung nicht anregen.

Bei Fortsetzung der Schuldebatte vertrat Genosse Schulz noch einmal gegenüber den Einwendungen, die gestern erhoben worden waren, mit aller Klarheit die sozialdemokratische Resolution, während der Zentrumsmann Wörle sie natürlich ablehnt, merkwürdigerweise mit der

angefüllten Beantwortung, daß sie ein Schritt auf dem Wege zum Zukunftsstaat sei! Die Resolution fand keine Mehrheit.

Dann begann die Kalibebatte, die sich auf den Antrag der Budgetkommission stützt, dem künftigen Gesetz eine gewisse rückwirkende Kraft zu geben. Für unsere Fraktion sprach zuerst Genosse Sachse, der die sozialdemokratische Forderung nach Verstaatlichung des Kalibergbaues mit aller Schärfe vertrat und an den Schäden, die die bisherige Gesetzgebung geschaffen hat, leicht den Beweis führen konnte, wie zureichend schon unsere frühere Kritik an dem ersten gesetzgeberischen Vorgehen des Reiches war. Er trat namentlich dafür ein, daß die Interessen der Arbeiter und der Konsumenten gewahrt werden, im Gegensatz zu den heutigen Zuständen, die er durch Hervorhebung der Löhne der Kalibergarbeiter ausgezeichnet illustrieren konnte. Selbst der Vertreter der Regierung, der Unterstaatssekretär Richter, mußte, ebenso wie Herr Speck vom Zentrum, einen großen Teil der sozialdemokratischen Aussetzungen als richtig anerkennen, aber die theoretische Meinung der Regierung zur Verstaatlichung findet die stärksten Hemmungen nicht nur in den vom Unterstaatssekretär angeführten Vorwänden, vielmehr in der Angst vor dem, was der Nationalliberale Dürwinkler „die utopistische Idee der Sozialdemokraten“ nannte. Gegenüber diesen Einwänden und den Behauptungen, die die Herren Arnstadt und Behrens erfüllten, zeigte der Fortschrittler Herr Götthein trotz aller Sachkenntnis nicht übermäßig viel Konsequenz. Genosse Dr. Cohn-Nordhausen trat schließlich mit sehr wirksamen Beispielen aus der thüringischen Kalindustrie für unsere Auffassung ein.

Herans mit der Sprache!

Genosse Dr. Gradnauer stellte am Donnerstag im Reichstage, um der Geheimniskrämerei bezüglich der Militärreformpläne ein Ende zu machen, folgende Anfrage:

„Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft zu erteilen, ob und inwiefern die angeblich auf amtlichen Informationen beruhenden Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen, daß die verbündeten Regierungen neue, umfassende Militärreformpläne, auch abgesehen von dem Ausbau der Luftflotte, durchzuführen beabsichtigen? Entspricht es insbesondere der Wahrheit, daß die Absicht besteht:

1. die Mannschafstärke der Kompagnien zu erhöhen;
2. dritte Bataillone, soweit sie noch nicht vorhanden sind, aufzustellen;
3. die Ersatzreserve zur Ausbildung mit der Waffe einzuberufen;
4. Kavallerie-Divisionen schon in der Friedenszeit aufzustellen;
5. Selbständige Radfahrer-Kompagnien zu bilden;
6. die Artillerie zu vermehren?

Die blau-schwarzen Bauernfreunde.

Wie der ehemals blühende Tabakbau in Schlesien durch die Steuerpolitik der sogenannten „nationalen Parteien“ ruiniert worden ist, das beleuchtete in der Plenarsitzung der schlesischen Landwirtschaftskammer Herr v. Gide und Polwig; im Kreis Oslau allein ist die dem Tabakbau gewidmete Fläche von 2500 Morgen auf 65 Morgen zurückgegangen und selbst der adlige Referent gehandelt ein; vernichtend habe hauptsächlich die Steuererhöhung gewirkt. Jetzt soll eine Spende von 150 Mark von der Landwirtschaftskammer und 1000 Mk. vom Minister dem ruinierten Tabakbau wieder auf die Beine helfen. Das ist der Segen der verschiedenen „Finanzreformen“.

Des Zentrums Sache.

Am kommenden Mittwoch wird sich der Reichstag voraussichtlich mit der Interpellation der Polen über die Enteignung beschäftigen. Die Regierung dürfte die Beantwortung der Interpellation ablehnen mit der Motivierung, daß es sich um eine rein preussische Angelegenheit handelt, die vor das Forum des preussischen Landtages gehört. Deshalb kann der Reichstag die Interpellation aber doch besprechen und er wird dies bestimmt tun. Die Interpellanten werden an die Interpellation einen Antrag knüpfen, der das Vorgehen des Reichskanzlers in der Enteignungsfrage nicht billigt. Das Zentrum hat, wie wir erfahren, bereits beschlossen, diesem Antrag zuzustimmen. Dies ist der erste Versuch, dem Reichskanzler zu zeigen, daß die angekündigte Entziehung des Vertrauens nicht lediglich eine leere Drohung ist.

Freimüthige Selbstmordtatt.

Welche Folgen die Weigerung der Fortschrittlichen Sozialpartei haben muß, mit der Sozialdemokratie für die Landtagswahlen ein Bündnis auf Grund voller Gegenleistungen abzuschließen, das wird sich vor allem in Schlesien zeigen. Hier sind bisher vier fortschrittliche Abgeordnete gewählt. In Breslau fällt Ehlers, der nur mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt werden kann, in Hirschberg und zwei Abgeordnete mit nur 12 Stimmen Mehrheit gegen konservativen Rückgekommen, also diesmal auf die Hilfe der überwachenden sozialdemokratischen Wahlkommission angewiesen. In Piesitz hat Friedrich ebenfalls nur 20 Stimmen mehr als sein konservativer Gegner, würde also bei der prächtig fortgeschrittenen Parteibewegung im Kreise auch nur noch mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt werden können. Das Bündnis mit den Nationalliberalen und dem Freisinn höchsten in Sorau ein Mandat bringen, doch ist es auch hier wahrscheinlich, daß es ohne die sozialdemokratischen Stimmen zu einer Mehrheitsbildung nicht kommt. Selbständig ausgeschieden ist die Erhebung irgend eines anderen Wahlkreises, doch würde bei gemeinschaftlichem Kampfe ein Erfolg in Westpreußen-Reichenbach (3 Mandate), in Ostpreußen-Schwarzburg (2 Mandate) und in Ostpreußen-Neubrandenburg (2 Mandate) nicht ausgeschlossen sein. Das „Bündnis mit“ der Sozialdemokraten könnte also dem Zentrum 6-10 Mandate bringen, wenn er den Sozialdemokraten Gegenleistung gewährte. So aber kann er nicht seinen Sitz im Reichstag verlieren.

Jugendgerichte.

Die Reichstagskommission zur Schaffung eines Strafrechts für Jugendliche setzte am Freitag ihre allgemeine Vorbereitungsarbeiten fort und diskutierte über die Frage, ob die bedingte Verurteilung (im Gegensatz zu der jetzt in Übung befindlichen bedingten Begnadigung) und die Rehabilitierung Verurteilter in das Gesetz grundsätzlich aufgenommen werden sollte. Die Regierung erklärte zu beiden Punkten, daß für den Fall der Annahme, namentlich des ersteren Prinzips, der Gesetzentwurf sicher scheitern müsse, da die Einbeziehung beider Forderungen in das Gesetz der Verurteilung Jugendlicher einen Eingriff in den Bereich der bevorstehenden allgemeinen Strafrechtsreform bedeuten würde. Trotzdem wurden beide Anträge angenommen: der erstere mit 15 gegen 10, der letztere mit 12 gegen 11 Stimmen. Bemerkenswert war eine Mitteilung eines Regierungsvertreters, wonach für die allernächste Zeit eine Bundesratsverordnung in Aussicht steht, in der die Möglichkeit der Löschung von Strafen aus dem Strafregister in größerem Umfange zugelassen werden soll.

Das preussische Abgeordnetenhaus

setzte am Freitag die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Die Debatte verlief sich völlig in Einzelheiten, teils rein lokaler Natur. Von allgemeinem Interesse ist nur die Mitteilung des Ministers, daß der Entwurf eines Fischereigesetzes den Interessenten bereits zur gutachtlichen Äußerung zugegangen ist, aber an eine Einbringung in dieser Session nicht mehr zu denken ist.

Noch ein ungünstiges Reichstagsmandat.

Im Wahlkreis Offenburg-Kehl wurde der national-liberale Abg. Kölsch mit einer Mehrheit von 4 Stimmen gegen den Kandidaten des Zentrums gewählt. Gegen diese Wahl war von den Anhängern des Zentrums Protest erhoben worden. Der Reichstag beschloß Beweiserhebung, deren Ergebnis nunmehr vorliegt. Die Wahlprüfungskommission konnte in ihrer Sitzung vom Freitag die Verhandlung noch nicht zu Ende führen, doch ist nicht daran zu zweifeln, daß die Wahl des Abg. Kölsch für ungültig erklärt wird.

Aus dem Rudolstädter Landtage.

Der Landtag in Schwarzburg-Rudolstadt beschäftigte sich am Donnerstag abermals mit dem Gesetz betreffend die Gewährung einer Steuerzulage an die Beamten. Das Gesetz ist ohne Zustimmung des Landtages veröffentlicht und angewendet worden. Weil der Landtag in seiner letzten Sitzung das Gesetz nicht nachträglich genehmigen wollte, wurde er verlagert. Nur dadurch erparte sich die Regierung die Blamage, ein von ihr eingebrachtes Gesetz einstimmig abgelehnt zu sehen. Ein umfangreiches Gutachten des Rechtsausschusses geißelt das ungesetzliche Vorgehen der Regierung. Es verneint die Frage, ob ein dringendes Bedürfnis vorlag, allen Beamten infolge des sogenannten Notgesetzes eine Steuerzulage zu gewähren. Der Landtag hätte früher einberufen werden können; die Verzögerung der Wahlen widerspreche dem Wahlgesetz. Der Regierung wird der Vorwurf gemacht, daß sie die Mitwirkung des Landtages garnicht gewünscht habe. Weil sie bestimmt wußte, daß das Gesetz abgelehnt werden würde, habe sie eine Nachwahl und die Einberufung des Landtages absichtlich verzögert. Das Landtagliche Gutachten veranlaßte den Rechtsausschuß, zu verlangen, daß eine Änderung der Verfassung in konstitutionellen Dingen dringend notwendig sei. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde das Gutachten des Rechtsausschusses einstimmig angenommen und damit die Regierungsvorlage abgelehnt. — Ob nur Herr von der Rede die Konsequenzen ziehen wird?

In einigen Parteizeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß von dem feinerzeit aufgelösten Landtage die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen und Lehrer generell abgelehnt worden sei. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Lehrergehälter sind in Schwarzburg-Rudolstadt so niedrig, daß eine Aufbesserung durchaus notwendig ist. Dieser Tatsache verschließen sich selbstverständlich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht.

Österreich-Ungarn.

Der ungarische Generalkreis-Parteitag. Nächsten Sonntag findet der außerordentliche Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie statt, der gleich nach dem Bekanntwerden der Wahlrechtsvorlage einberufen wurde, um den Kampf gegen die Arbeiterentrechtung zu organisieren. Alle Arbeiter und Parteioptionen haben Vertreter nach der Hauptstadt entsandt. Der für die ungarische Arbeiterpartei so wichtige Parteitag wird also unter großer Beteiligung stattfinden. Von den ausländischen Bruderparteien erscheinen Genosse Sanderjmaier, Mitglied der belgischen Parteileitung und Genosse Friedrich Kauterlich aus Wien. Der Parteitag soll nur einen Tag dauern und hat die Frage des Wahlrechtskampfes zu beraten. Obwohl über den Ausgang des Parteitages kein Zweifel bestehen kann, der Generalkreis also mit Sicherheit kommt, blicken die bürgerlichen Parteien, wie die gesamte Bevölkerung doch mit Spannung auf diese Tagung, vielleicht im stillen doch noch eine Abwendung des Generalkreises erhoffend. Wir gaben schon früher der Meinung Ausdruck, daß der Generalkreis leicht die gesetzlichen Schranken überpringen könne. Daß diese Ansicht berechtigt ist, zeigen die Ergebnisse der letzten Wahlen. Die Regierung ist auf das Äußerste gefaßt. Das zeigt die Rede des Ministerpräsidenten Lukacs. Nach allen Seiten hin hat sie Vorkehrungen getroffen, die Sozialdemokratie niederzurufen. Der Betrieb der Parteipresse ist im ganzen Lande unterdrückt. Polizei und Gendarmerie gehen gegen die sozialdemokratische Presse in echt magyarischer Weise vor. Durch vertrauliche Erlasse werden die Behörden ermahnt, die Arbeiterpartei streng zu überwachen und besonderes Augenmerk auf die „etwa aus der Fremde kommenden Agitatoren“ zu haben. Diese sollen sofort den Gerichten übergeben werden. Das Regierungsvorgehen verleiht die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, welche 5, 10 und 15 Jahre Zuchthaus gegen diejenigen androhen, die durch Aufreizung der Massen den

Reichstag oder einen sonstigen gesetzgebenden Faktor an der Ausübung seiner Rechte und Arbeiten hindern. Das Organ unserer ungarischen Parteileitung, die „Nepszava“, veröffentlicht als Antwort auf diese Drohung die Namen der Parteileitungsmitglieder und erklärt, daß diese Männer die Verantwortung für alle Folgen tragen. Es wird ausgeführt: „Die Parteileitung übernimmt die Verantwortung für alle Folgen der Aktionen, die sie im Interesse des Wahlrechts unternimmt. Die Parteileitung hat auch das Strafgesetzbuch studiert und darin keinen einzigen Paragraphen gefunden, der verbietet, eine verhasste Regierung zu stürzen. Der Kampf geht nicht um die Störung der Gesetzgebung, sondern um den Sturz der Wahlrechtsräuber. Die Parteileitung ist sich durch die Rede Lukacs klar geworden, daß das Recht gegen die Führer der Partei gebeugt werden soll. Sie erklärt daher öffentlich der Regierung, daß bereits nach der gehaltenen Drohrede des Ministerpräsidenten einige hundert Arbeiter im Parteisekretariat erschienen und dort das Gelöbnis ablegten: In demselben Moment, in dem die Parteiführer verhaftet werden, wird der Kampf der Arbeiterpartei auf das persönliche Gebiet geleitet und die Mitglieder der Regierung mit den gleichen Waffen bekämpft, die man gegen die Führer der Arbeiter anwendet.“ — Diese Darlegungen sollen keine Drohung sein. Sie sollen nur der Regierung reinen Wein einschenken über den Ernst der Situation. Wer die ungarischen Arbeiter kennt, wer ihre Wahlrechtskämpfe gesehen, weiß, daß die Arbeiter vor keinem Opfer zurückschrecken und daß es ihnen bitter ernst mit dem Kampf gegen die Reaktion ist. Der ungarische Wahlrechtskampf ist von so großer Bedeutung, daß die ausländischen Bruderparteien alle Veranlassung haben, die bevorstehenden Ereignisse mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Frankreich.

Ein Vertrauensvotum für Briand. Die Erklärung des Kabinetts Briand über sein Regierungsprogramm wurde von der Kammer mit 324 gegen 77 Stimmen genehmigt. In diesem Programm wird die Einführung des Proportionalwahlsystems propagiert.

Türkei.

Der jungtürkische Putsch ist leider nicht ohne Blutvergießen abgegangen; fünf Personen haben dabei ihr Leben lassen müssen. Getötet wurden der Kriegsminister Nazim Pascha, sein Adjutant, ein Ordonanzoffizier, ein Zivilbeamter und ein Manifestant. Der getötete Ordonanzoffizier hatte den ersten Schuß abgegeben; die Manifestanten antworteten mit Schüssen und das Blutvergießen begann. Der Kriegsminister soll das Opfer eines Irrtums geworden sein. Die Urheber des Putsches und das neue Ministerium wollen Adria-nopel und die Inseln retten und strecken angeblich vor der Fortsetzung des Krieges nicht zurück.

Aber den Verlauf der Demonstration am Donnerstag, die den Sturz des Kabinetts Riamil zur Folge hatte, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Bereits am Morgen war die Kundgebung von dem jungtürkischen Komitee beschlossen. Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags zogen dann etwa 50 Personen, zum größten Teil Soldaten, mit entfalteten Fahnen zur Pforte, wo gerade der Ministerrat tagte. Es gelang den Demonstranten, in den Vorhof der Pforte einzudringen, an ihrer Spitze der frühere Deputierte von Kirk-Kilisse, Kadji Bey, ein hervorragender Redner, und, wie berichtet wird, auch Salaat Bey, während Enver Bey nicht an der Spitze des Zuges bemerkt wurde. Einige Führer drangen bis in das Vorzimmer des Beratungsraumes. In diesem Augenblick fielen einige Gewehrschüsse, wahrscheinlich im Vorzimmer des Großwesirs. Der Adjutant des Kriegsministers soll den ersten Schuß auf den früheren Deputierten Ismail Mahir abgegeben haben, ohne ihn jedoch zu verwunden.

Das gestürzte Ministerium ist auf der Pforte interniert. Die Minister versuchten, telephonisch Truppen und Polizei herbeizurufen. Es erkrankte aber niemand zu Hilfe. Die Wache der Pforte hat den Unionisten keinerlei Widerstand geleistet, obwohl auf die Wachposten keine Revolver geschossen wurde. Der Direktor der Anatolischen Bahn, Herr Huguenin, befand sich gerade mit dem ersten Dragoman der deutschen Botschaft, Herrn Weber, im Konferenzzimmer der Pforte, als die Unionisten eindringen. Kriegsminister Nazim Pascha wurde zu den Füßen des Herrn Huguenin erschossen. Die Minister waren aufs äußerste bestürzt, nur Riamil Pascha blieb eisig und erwartete lächelnd die Eindringenden. Auch der Minister des Äußern Nardughian bewahrte seine Haltung. Enver Bey begab sich, nachdem Riamil seine Demission unterzeichnet hatte, sofort zum Sultan. Nach seiner Rückkehr hielt er von der Pforte aus eine kurze Ansprache an die Menge und teilte mit, daß Mahmud Schemket zum Großwesir und Izzet zum Generalkreis ernannt worden sei. Sodann begab er sich wieder ins Palais zum Sultan. Vor der Pforte bewegte sich eine Menge von zwei- bis dreitausend Menschen. In ihrer Mitte wurden fortgesetzt Ansprachen gehalten und Rufe ausgebracht: Hoch die Freiheit und das Komitee! Nieder mit den Tyrannen!

Der Handstreich der Jungtürken hat bei den Balkanmächten große Erregung hervorgerufen. Die Botschafter der Mächte sind zu einer Besprechung zusammengetreten.

Amerika.

Genosse Debs verhaftet. Der sozialistische Kandidat bei der letzten Präsidentschaftswahl, Debs, wurde unter der Beschuldigung verhaftet, der Suizid durch einen Artikel entgegenwirkt zu haben, den er geschrieben und in einer sozialistischen Zeitung veröffentlicht hatte. Dieser Artikel schilderte die Zustände, die, wie er sagte, im Gefängnis von Leavenworth herrschen sollten. Er wurde später gegen eine Kaution von 1000 Dollar auf freien Fuß gesetzt. — Auch im „freien“ Amerika darf man die Wahrheit nicht sagen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 25. Januar.

Die geplante Ausnahmesteuern des Konsumvereins und der Warenhäuser ruft wieder die Erinnerung nach an die Verhandlungen, die im Januar 1911 bei der Verabschiedung der Gewerbe-, Warenhaus- und Konsumvereinsteuern geschlossen wurden. Wir wollen jetzt, da die Frage wieder aktuell wird, einige markante Äußerungen, die damals gemacht wurden, nach dem amtlichen Stenogramm wiedergeben:

Senator Dr. Vermehren: Wir wollen die Konsumvereine durchaus nicht schlechthin besteuern. Soweit die Konsumvereine ihren ganzen Geschäftsbetrieb auf ihre Mitglieder beschränken und nicht auf Gewinn hinarbeiten, sondern nur durch besseren Einkauf für die eigenen Mitglieder zu sorgen bestrebt sind, werden sie durch die Steuer überhaupt nicht getroffen. Die Konsumvereine sind nur soweit nach unserem Gesetz getroffen, als sie einen Gewerbebetrieb haben. . . . Wenn ein Konsumverein einen Umsatz von 800 000 Mk. haben würde, würde er nach der Vorlage des Gesetzes 7600 Mk., also etwa ein Siebentel des Ertrages, zu versteuern haben. Diese Summe kann der Verein sehr gut tragen. Der betreffende Arbeiter (der seine Waren im Konsumverein deckt) hat die 8,13 Mk. nicht zu zahlen, sondern er wird nur so viel weniger bekommen. . . . Daher halte ich die Steuer an sich für durchaus berechtigt.

H. Behn: Wir müssen die Warenhaussteuer auch ansehen wie einen Schutz Zoll für die kleinen Gewerbetreibenden.

Dühring: Es hieße gegen Windmühlen kämpfen, wollten wir hier in unserm kleinen Staatswesen den Versuch unternehmen, die Entwicklung zum Großbetriebe aufzuhalten oder gar zum Stillstand zu bringen. Nein, die Zeit schreitet über eine derartige Geschicksmacherei und damit über uns hinweg.

Bürgermeister Eschenburg: Für den Senat ist der fiskalische Gesichtspunkt die Hauptsache.

Emmanuel Fehling: Die Herren, die die Warenhaussteuer wollen, wollen sie als eine Art Schutz Zoll für die kleinen Betriebe. Dies ist ein ehrlicher und verständlicher Gesichtspunkt. Die Warenhaussteuer soll eine Art Prohibitivmaßregel (Unterdrückungsmaßregel) sein, das ist offen ausgesprochen.

Dr. v. Brocke: Gerechtigkeit liegt in dieser Steuer nicht, und ich bitte Sie deswegen, ihr Ihre Zustimmung zu versagen.

v. Schaack: Wir wollen durch die Steuer vorbeugen, daß noch weitere Warenhäuser nach Lübeck kommen. . . . Wir treten dafür ein, daß uns die Warenhaussteuer als Abschreckungsmittel und Finanzquelle gegeben wird.

Schumann: Wer für den Mittelstand des Gewerbes und Handels ein Interesse hat, wer der Meinung ist, daß der gewerbliche Mittelstand eine gute Grundlage, ja eine unbedingte Notwendigkeit für den Staat ist, wolle für die Warenhaussteuer stimmen.

Stelling: Vom Senatssitz ist unumwunden zugegeben worden, daß es sich um ein Ausnahmestück gegen die Konsumvereine handelt. Von einer Gerechtigkeit ist absolut keine Rede.

Dr. Schlömer: . . . Andererseits wird ein großer Teil der Warenhaussteuer sicher auf die Waren abgewälzt werden. Auf diese Weise wird nicht der Inhaber des Warenhauses der Leidtragende sein, sondern es wird die große konsumierende Masse sein, der Arbeiterstand. . . . Allerdings ist es vielleicht mehr fehlender Mut gewesen, einzugehen, daß die Einführung der Warenhaussteuer (beim Konsumverein) eine brutale Vergewaltigung einer Gründung der Arbeiterschaft bedeuten würde. . . . Ich möchte den Geschäftsmann sehen, der nicht aufschriebe, wenn der Senat erklärte, von deinem Gewinne müssen wir 1/4 konfiszieren wie hier bei den Arbeitern bei der einzigen Gelegenheit, wo er einen Gewinn gemacht hat. . . . Sie nützen dem Detailistenstand nicht. Sie schaden aber dem Arbeiterstand, und das in einer Zeit, wo an und für sich eine Lenkung aller Lebensbedürfnisse eingetreten ist. . . . Daß Sie das erreichen werden, was ihre letzte Absicht ist, nämlich den Konsumverein zu erschöpfeln, hoffe ich nicht. . . . Lassen Sie Gerechtigkeit walten und schaffen Sie nicht diese Sondersteuer, die nicht die großen Warenhäuser trifft, sondern vor allen Dingen auch eine Gründung der besitzlosen Klassen. . . .

Wir glauben, daß diese kleine Wiederholung der Bürgerchaftsvorgänge aus dem Jahre 1911 einiges Interesse verdient, zumal neue Motive für die jetzt wieder geplante Steuer nicht vorgebracht worden sind.

Jahresbericht des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Jahreshilfe Lübeck, für 1912. Am 21. Januar fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht pro 1912 erstattete der Kollege Radtjen. Aus dem Bericht ging hervor, daß im vergangenen Jahre die Bewegungen der Zahl und Beteiligung nicht erreicht haben, wie im Jahre 1911. Dadurch war Gelegenheit gegeben, das Hauptaugenmerk auf die Agitation zu richten. Durch Abhaltung von öffentlichen Versammlungen, mündliche Agitation unter den Kollegen und Hausagitation gelang es im Jahre 1912, die Zahl der Mitglieder ein gut Stück vorwärts zu bringen, jedoch am Schlusse des Jahres über die statische Zahl von 2747 Mitgliedern verfügt werden konnte.

Es fanden 10 Versammlungen, 3 außerordentliche, 26 Vorstandssitzungen, 4 Betriebsversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen und die regelmäßigen monatlichen Versammlungen der verschiedenen Branchen statt. An Eingängen waren 540 Briefe und Karten, 47 Drucksachen, 1223 Pakete, 3 Depeschen, 10 Geldsendungen und an Ausgängen 481 Briefe und Karten, 22 Drucksachen, 57 Pakete, 1 Depesche, 10 Geldsendungen und 14 Telefongespräche zu verzeichnen. An Schriftstücke wurden angefertigt 23. Dieselben bezogen sich auf Erwerb des Bürgerrechts, Aushändigung der Invalidenkarten, Begründungen bei Anstrengungen resp. Abweisungen von Klagen, Ausschub zu vollziehender Strafe usw. In verschiedenen Behörden, wie Polizeibehörde, Handelskammer, Hafeninspektion, Steuerbehörde usw., wurden Eingaben gemacht, die sich auf Herstellung besserer Beleuchtung auf verschiedenen Holzlagerplätzen, Errichtung von Unterkunftsräumen, Reklamationen betr. Einkommensteuer, auf Rückgängigmachung einer Ausweisung eines ausländischen Kollegen usw. bezogen.

Durch Lohnbewegungen, die zu Tarifabschlüssen führten, gelang es, in verschiedenen Betrieben für die Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Bei der Firma R. Karstadt haben die Hausdiener einen guten Erfolg zu verzeichnen gehabt. Es wurden Lohnzulagen erreicht, die eine bedeutende Verbesserung für die Hausdiener brachten. Für die Schiffer und Deckleute der Bugfischer- und Leichtereibetriebe gelang es, durch tarifliche Bestimmungen gute Verbesserungen zu erzielen. Bei der Firma Johannes u. Sohn

mußten die Kollegen allerdings erst durch einen eintägigen Streik die Anerkennung ihrer Forderungen erzwingen. Bei der Firma Lüders u. Stange konnten für die Schuppenmeister, Kranführer, Takler und Schuppenarbeiter Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt werden. Durch Verhandlung mit dem Redereiverein wurden den Seeleuten dahin Zugeständnisse gemacht, daß die Differenzen, die so ihre Erledigung nicht erfahren können, von Fall zu Fall eine Schlichtungskommission eingesezt werden soll, die diese Differenzen zu schlichten hat. Außerdem ist eine Erhöhung der Feuer von 3 Mk. monatlich und Bezahlung der Ueberstunden in transatlantischer Fahrt erwirkt worden. Schriftlich ist dann noch der Tarif mit der Geschäftsleitung des Konsumvereins festgelegt worden. Recht viele Differenzen waren mit den Arbeitgebern der Kohlenplazarbeiter, Lastabdecker usw. zu erledigen.

Die Klassenverhältnisse haben sich sehr gut gestaltet; so war am 31. Dezember 1912 ein Klassenbestand von 9228,13 Mk. zu verzeichnen. An Arbeitslohn- und Krankenunterstützungen wurden 34 067,10 Mk., Beerdigungshilfe 1950,— Mk., Streikunterstützung 905,40 Mk. und Extraauszahlung 175,— Mk. verausgabt. Ferner wurden Zuwendungen der Genossenschaftsbühnen, Arbeiterjugend und der Waldschule gemacht. Der Transportarbeiterverband hat auch hier in Lübeck bewiesen, daß er imstande war, die Annahmen unserer Gegner abzuwehren und die Interessen seiner Mitglieder in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung wahrzunehmen. Den Mitgliedern sei die Aufforderung gegeben, dafür zu sorgen, daß 1913 noch größere Erfolge zu verzeichnen sind.

b. Strafkammer vom 24. Januar, § 316, Abs. 2. Dieser Paragraph des Reichsstrafgesetzbuches lehrt in den süßlichen Gerichtssälen ständig wieder. Er handelt von der Gefährdung eines Eisenbahntransports. Vor dem Schöffengericht war der Straßenbahnwagenführer R. dieserhalb zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Er fuhr mit seiner Elektrischen der Halle in der Moislinger Allee zu, und zwar nur mit halber Kraft, weil der Reflektor am vorderen Perron versagte, also kein Lichtschein den Weg wies. An diesem Abend, es war schon um die zwölfte Stunde, war regnerisches Wetter, die Scheiben am Vorbau waren so beschlagen, daß der Führer seine ganze Aufmerksamkeit anwenden mußte. Trotz dieser Vorsicht rannte der Wagen bei der Nachwechallee in ein dreispänniges Kollfahrwert von Hinz u. Stech, das auf einem Seitenende die Moislinger Allee entlang fuhr, weil für das große Fuhrwerk der Weg beengt war. Die Kutscher behaupten nun, daß der Wagenführer mit voller Kraft dahergefahren sei und nicht die nötigen Glöden signale gegeben habe. Ehe sie ausweichen konnten, war die Elektrische in den Kollwagen hineingefahren und zwar mit solcher Wucht, daß die beiden Männer auf dem Bod in den Wagen geschleudert wurden, zwei Pferde kamen zu Fall und der elektrische Wagen selbst wurde arg beschädigt. Der ganze Vorbau war verbogen, der Umschalter mußte nach Berlin geschickt werden. Es handelt sich nun darum, ob der Führer fahrlässig gehandelt habe. Strenger Vorwurf gemäzt darf er nicht weniger als halbe Kraft anwenden, er ließe Gefahr, daß eventuell die Stäherungen durchbrennen würden. Dann hat er auch den Fahrplan einzuhalten. Rechtsanwalt Dr. Witten führte den Zusammenstoß auf einen unglücklichen Zufall zurück, der auch damit verschuldet sei, daß in Lübeck die Fuhrwerke nicht gezwungen seien, am hinteren Wagenteil ein Licht zu brennen. Er beantragte nicht nur Freisprechung, sondern auch Uebernahme der Verteidigungskosten auf die Staatskasse. Auch der Staatsanwalt empfahl Freispruch. Das Gericht folgte nach längerer Beratung diesen Anträgen und übernahm auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse, da dem Angeklagten Fahrlässigkeit nicht zur Last gelegt werden könne. — Wir möchten nur wünschen, daß in Zukunft auch gegenüber der anderen Seite diese Rücksicht genommen wird. Ob aber das Verbot des Fahrmeisters, nicht unter halber Kraft zu fahren, auch mitten in der Nacht bestehen bleiben soll, wenn die Lichtquelle am Wagen zum Teil versagt, muß wohl erst mal genauer erwogen werden. — Das freisprechende Urteil des Schöffengerichts gegen einen Hafenarbeiter und einen Matrosen pafste dem Staatsanwalt nicht. Er legte dagegen mit Erfolg Berufung ein. Die Leute hatten beim Getreideausladen den durch die letzten Gerichtsverhandlungen berühmt gewordenen „Fegiel“ aufbewahrt und in zwei Säcken diesen Abend weggetragen. So etwa 90 Kilo waren es. Beim Transport wurden sie vom Zollaufseher angehalten und in der ersten Angst gestand J. dem Kriminalpolizisten später, daß es gestohlener Hafer sei. Der Kapitän des Schiffes traut seinem langjährigen Matrosen einen Diebstahl nicht zu. Es sei wohl möglich, daß nach 10—15 Schiffs-ladungen soviel Fegiel zusammenkomme, der auch in früheren Fällen mitunter über Bord geworfen worden sei. Der Wert des Hafers soll 16 Mk. betragen. Als aberne Ausrede bezeichnete der Erste Staatsanwalt, daß den Angeklagten nur die Einschüchterung des Kriminalbeamten ein Geständnis entlockt habe. Vor dem Schöffengericht hätten sie mit dieser Auslage leider Glück gehabt, vor der Strafkammer würden sie es nicht haben. Das Treiben der Angeklagten sei gemeingefährlich, im Interesse der Kaufmannschaft strenge Bestrafung notwendig. Er beantragte gegen jeden Angeklagten 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte sie zu je 1 Monat Gefängnis.

Neues Stadttheater. Uns wird geschrieben: Aus dem Spielplan für die kommende Woche sei besonders auf die am kommenden Montag stattfindende „Lohengrin“-Aufführung hingewiesen. Zur Sonntagvormittag-Aufführung „Hilf und Heilberg“, die als 6. Volksaufführung zum Einheitspreis von 50 Pfg. und 10 Pfg. für Garderobe gegeben wird, werden Plätze noch heute von 8 bis 9 Uhr abends an der Kasse ausgelöst. Die Abendaufführung wird für Liebhaber der graziösen Adami'schen Kunst von besonderem Interesse sein. Der Wollfischen Bearbeitung des reizenden, fast unbekanntem Opernwerkes „König für einen Tag“ rühmt die Kritik viel seines Verständnisses und Könnens nach. Der überall zu verzeichnende große künstlerische Erfolg wird sich sicher auch hier bestätigen. — Das Gastspiel der Hofopernsängerin Hedwig Francillo-Kauffmann vom Stadttheater in Hamburg in „Rialto“ ist noch in bester Erinnerung. Es wird sicher interessieren, daß es der Direktion gelungen ist, die berühmte Künstlerin noch für ein zweites Gastspiel zu gewinnen, zu welchem die hier sehr beliebte Offenbach'sche Oper „Hoffmanns Erzählungen“ auf den Spielplan gesetzt ist. Die Partien der Olympia, Julietta und Antonia singt Hedwig Francillo-Kauffmann allein. Das Gastspiel, das ohne Zweifel hohen künstlerischen Genuß verspricht, ist bereits am Sonntag, dem 2. Februar.

Hamburg. Herr Schiller-Tieg aus Klein-Flothke ist einer der „Großen“ unter den geschworenen Feinden der Sozialdemokratie. Er ist Redakteur einer Gastwirtszeitung, taufferer Vorsitzender des Verbandes der Kriegervereine und Verfasser zahlreicher Wahlflugblätter, die eine bedenkliche hochentzündete — „Intelligenz“ verraten. Von der Natur mit einer gewaltigen Geschäftspalke ausgestattet, vertritt er täglich drei Franzosen, vier Briten und fünf Sozialdemokraten. Aber sein Ruhm genügt seinem Ehrgeiz noch nicht und so ersuchte er die Gelegenheit, wo er als Märtyrer auftreten konnte. Er hatte eines Tages im Kriegerverein eine große Rede geschwungen, in der es hieß: „Angesichts der hochverräterischen Umtriebe der Sozialdemokratie gelte es, die Soldatenfreudigkeit, aber auch jene Kriegsbegeisterung im deutschen Volke zu erhalten, die nicht angestrich-

und in weiblicher Jurcht vor dem Kriege bange. . . .“ Das „Hamburger Echo“ knüpfte sich den Herrn dann einmal vor und unterlegte, welche gewaltiger Kriegsheld denn eigentlich dieser Herr Schiller-Tieg ist. Auf einen Artikel: „Der schillernde Tieg“, antwortete der Treffliche zunächst mit einer eigenartigen „Berichtigung“ und dann noch — wie das unter „Schriftstellern“ — üblich ist — mit einer Klage gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Köpfe. Wenn er geschwiegen hätte, er wäre der Held geblieben. Es wurde in der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Blankenese festgestellt, daß der Mann sich unberechtigt „M. Schiller-Tieg“ nennt, wobei der Eindruck erweckt wird, als sei Schiller Familienname. Herr Tieg ist der Sohn eines Chauffeurs, der ihm den klassischen Vornamen Schiller gab. Der „Schriftsteller“ Tieg schwärzte nun flugs in seinen Namen zwei Bindestrüche ein, gewiß um dadurch zu prunken mit der Möglichkeit einer Verwandtschaft mit dem großen Dichterkürten und um die Verwechselung mit der Familie des jüdischen Warenhausbefizers zu vermeiden. Der Held, der so von Kriegsbegeisterung und Soldatenfreudigkeit überläuft, hat ganze sechs Wochen gedient. Das mußte er vor Gericht zugehen, obwohl er in der Berichtigung geschrieben hatte: „Es ist nicht wahr, daß ich nur sechs Wochen gedient habe, sondern ich habe meiner Militärdienstzeit ganz genügt.“ Weiter hatte er in einer Gemeinderatsung, wo es zufällig zu einer Abstimmungsdebatte kam, den angesehenen Abstimmenten Dr. Bonne „Lump“ tituliert und sich dann als satisfaktionsfähig bezeichnet, obwohl er seiner Vorbildung nach von keinem Kommande anerkannt würde. Er möchte doch gern „gesellschaftsfähig“ sein. Nur die eine Behauptung des „Echo“, daß Tieg im weiteren Verlauf dieser Affäre fetze benommen, konnte nicht glatt bewiesen werden. Dafür wurde aber festgestellt, daß Tieg an angesehenen Zeitungen Originalartikel geschickt hatte, die zu vier Fünftel (z. B. zu 190 Zeilen von 230) aus anderen Artikeln wörtlich gestohlen waren. Leider lehnte das Gericht den Beweisantrag ab, den Vorsitzenden des Hamburger Journalistenvereins als Zeugen zu vernehmen über die geistige und „schriftstellerische“ Fähigkeiten des Herrn Tieg. Dr. Ost würde ausfragen, daß Tieg in Schriftstellerkreisen nicht als gleichberechtigter Mann bewertet wird und daß ihm schriftstellerische Fähigkeiten nicht zuzusprechen sind. Alles in allem war die Verhandlung eine schwere Blamage für den Herrn „Schiller-Tieg“. Sie endete, da nicht alle Behauptungen glatt zu beweisen waren, mit der Verurteilung Köpfe zu 100 Mark Geldstrafe. Eine Gegenklage, die Köpfe wegen der wüsten Schimpfereien Tiegens auf die Sozialdemokratie erhoben hatte, wurde abgewiesen, da Köpfe nicht persönlich getroffen sei. Wenn etwas allgemein gegen Offiziere oder offiziellose Grundbesitzer oder dergleichen gelagt wird, ist das natürlich etwas anderes.

Hamburg. Aus der Bürgererschaft. Zur Ueberleitung für die verunglückte Spitzbergen-Expedition wurden Mittwoch 5000 Mk. bewilligt, an der auch drei Hamburger beteiligt sind. Dann wurde nach längerer Beratung einem Gelegenheitsauftrag zugestimmt, der für die staatlichen Angestellten, die der am 1. Januar in Kraft getretenen Reichsversicherungsordnung unterliegen würden, eine besondere Alters- und Hinterbliebenenversorgung schafft und sie damit vor den Härten und Mängeln des Reichsgesetzes bewahrt. In diesem unglücklichen Reichsgesetz wurde dabei nicht nur von unserem Genossen Stolten und dem Liberalen Chr. Koch, sondern auch von den anwesenden Senatskommissaren scharfe Kritik gelebt. Von Kritik verschont blieb aber auch nicht die Senatsvorlage, die durch einen Beschluß der Bürgerchaft noch dahin ergänzt wurde, daß der Senat eine Veriorung für alle Staatsangestellten einrichten möge. Lebhaftes Interesse weckte die Rede, mit der Herr Schumacher seinen Antrag auf Einschränkung des städtischen Fleischverkaufs begründete. Es war eine Rede, in der jeder Satz einen Trauerklor trug. Denn die städtischen Fleischverkäufe haben, so berichtet der Obermeister der Schlachterminnung, den Profit der Schlachter derart gemindert, daß — ihr Patriotismus ins Wanken gerät. In der Innung waren sie halbentkulten, als Trauer und revolutionärem Trotz an der patriotischen Märzfeier dieses Jahres nicht teilzunehmen. Nur schweren Herzens haben sie die Beteiligung schließlich doch beizulassen. Mit naiter Entrüstung mußte Herr Schumacher wahrnehmen, daß diese Schilderung des Schlachter-Patriotismus nur ein fröhliches Gelächter weckte. Schließlich lieferte unser Genosse Krause eine so hübsche Widerlegung der Schumachers Angriffe gegen den städtischen Fleischverkauf, daß Herr Schumacher in seiner Erwiderung selbst zugeben mußte, was Krause den Schlachtern vorgehalten, sei leider nicht unberechtigt. Der Antrag Schumacher wurde zwar dank der Blocksolidarität angenommen, aber Nutzen werden die Schlachtermeister davon wahrscheinlich ebenso wenig haben, wie von der Debatte, die sie herbeigeführt hatten.

Mitona. Die gekränkten Arbeitswilligen. Die „Metallarbeiterzeitung“ hatte in ihrer Nummer vom 21. September 1912 einen Situationsbericht vom Streik der Drahtarbeiter bei der Firma E. S. Wulf in Eidelstedt gebracht. Dabei waren die krampfhaften Bemühungen der Firma, Streikbrecher zu erhalten, ins rechte Licht gerückt worden. Die in dem Artikel gebrauchten Worte „Streikbrecher“, „nützliche Elemente“ und „gelbes Gefindel“ hatten den Drahtziehermeister Wagner und die Drahtzieher Treu, Pohlmann und Thiele stark verdrossen und sie hatten durch den Rechtsanwalt Dr. Wolff, den Schwiegerohn des Schanzmachers Mend, Klage erhoben gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Scherm. Dr. Wolff beantragte eine schwere Strafe und meinte dabei, daß die bestehenden Gesetze in ihrer ganzen Schwere ausgenutzt werden müßten, da noch keine besonderen Gesetze zum Schutze der Streikbrecher beständen. Dr. Herz führte aus, daß Scherm überhaupt nicht für den Artikel hafte, da er, wie der Reichstagsabgeordnete Frohne bezeugen könne, in der fraglichen Zeit auf dem Parteitag in Chemnitz gewesen ist. Außerdem komme ihm der Schutz des § 193 zugute. Wenn die Unternehmer in der Führung des „Inbetrüben“ Mend ihre Interessen rücksichtslos und terroristisch wahrnehmen, müsse das auch den Arbeitern zugestanden werden. Es sei auch nicht begreiflich, warum sich die Kläger beleidigt fühlen könnten. Er wies dabei auf eine neue Klage Wagners hin, in der sich dieser beschwert, den Arbeitswilligen vom Schlage der Garde der Auguste Müller zugerechnet zu werden. Danach sehe auch er offensichtlich auf den Standpunkt, daß Arbeiten als Streikbrecher unehrenhaft sei. Im Artikel seien nur wahre Tatsachen behauptet worden. Wagner gab zu, daß er in Rheinland-Westfalen gewesen sei. Er habe dort aber keine Streikbrecher vermittelt. Thiele bestritt überhaupt, Streikbrecher zu sein. Der Kampf sei eine Machtprobe, aber keine Lohnbewegung gewesen. Sie seien eben so gut organisiert als die anderen, nur nicht rot, sondern schwarz-weiß-rot. Als er in dieser Weise weiterwähnen wollte, verwies ihn der Amtsrichter Heintze in die nötigen Grenzen zurück. Das Urteil lautete auf 30 Mark Geldstrafe. Wenn Scherm auch in Chemnitz gewesen sei, könne er doch als Verantwortlicher geistlich belangt werden. Der § 193 wurde ihm zugestimmt, aber die Form des Artikels sei zu scharf gewesen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: I. H. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Großer Inventur-Ausverkauf

Große Preisermäßigungen in allen Abteilungen.

Div. Ess-Service und Kaffee-Service für 6 und 12 Personen, in Porzellan und Steingut — Wasch-Service — Tonnen-Garnituren — Kristall-Waren — Tassen — Nickel- und Luxuswaren — Figuren — Rauchtische — Zigarrenschränke usw.
Aluminium-Geschirre — Lampen, Ampeln, Kronen für Gas, Petroleum und elektrisch sind bis **50 Prozent** im Preise ermässigt

Reguläre Artikel im Ausverkauf mit 10 Proz. Ermässigung.

Günstige Gelegenheit für kompl. Aussteuern, Hotels, Restaurants und Pensionate.

Hermann Richelsen Sandstr. 16
(Apotheke-Neubau). 656

Für Brautleute
Kompl. Wohnungseinrichtungen von 375 Mk. an, sowie einzelne Zimmereinrichtungen und Garnituren empfiehlt billig.
Möbelhandlg. Marlesgrube 4.

Alle Sorten Brennmaterialien
liefert zu billigst. Preisen frei Haus
Hans Lübcke.
Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.
Bei Lieferung (112 ab Lager ermässigte Preise.

Erstklassige Kautabake
v. Grimm & Triepel, Nordhausen sind überall zu haben. 601

Reisefeld, Sanderstr. 110
Bill. Baufl. 10 Min. v. d. el. Bahn.
H. Heint. Sorge, Breite Str. 22u. 23u.

Ein Schleifstein
für Handarbeit (40 cm Durchmesser)
v. S. E. a. d. Exp. (107)

100 Pfund Kartoffeln
in verpackt.
v. S. E. a. d. Exp. (107)

Dr. Kertel zu verk.
Brockesstr. 25, Cobitzerstr. 83.

Verzählter Sonnenschein
v. S. E. a. d. Exp. (107)
Dr. med. Leonhard, Kertelstr. 17b.
Dr. med. Paul, Wühlstr. 5.
Dr. med. Ad. Carstern, Nord. Hölzer 13.

Buchen-Absaßholz
ab 200 Pf. und frei Haus
1. u. 2. Klasse.
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 592. Wühlstr. 11/12a. 41.

Brockesstraße 25 **Ernst Diederichs** Ecke Warendorpstr.
Inventur-Ausverkauf
Enorm billige Preise.
Schwarze und farbige Kleiderstoffe für die Konfirmation
jetzt 90 $\frac{3}{4}$ - 1.25 $\frac{1}{2}$ - 1.60 $\frac{1}{2}$ per Meter
Weiße Unterröcke jetzt von 1.00 $\frac{1}{2}$ an.
Hemden und Beinkleider teilweise etwas gelitten **ENORM BILLIG**
Hemdentuche 10-Meter-Kupon 4.75 und 5.25 $\frac{1}{2}$
Tändelschürzen jetzt 55 $\frac{3}{4}$ 85 $\frac{3}{4}$ und 1.10 $\frac{1}{2}$
Rote Rabatt-Marken.
Auf alle regulären Sachen, z. B. Aussteuer-Artikel, Inletts, Federn, Bettsatins, Bettlaken etc. gewähre während des Ausverkaufs **10 Prozent** Preisermäßigung und Rabattmarken. 655

Moderne Photographien
zu billigen Preisen.
Atelier Lubeca, Breitestr. 13.
Sonn- und Wochentags den ganzen Tag geöffnet; des Abends Aufnahmen bei elektr. Licht. (497)

Beerdigungs-Institut Pietät 289
Heinrich Grimm
Wickedestr. 49. Fernruf 1424.
Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Ueberführungen mit eigenem Transportwagen.

Moderne Garnituren durch Zufall nur 90 Mk., prachtvolle Salongarnitur seit 220 Mk. nur 135 Mk., direkt an Private, Händler verbeten. Lager Walmstr. 83. Inhaber Fachmann. Salons- und Auszugstische 18 Mk., Spiegel, Truhen, Verticos, Schreibtische, Buffets, Diogen, Umbauten, Lederstühle, Schlafzimmer, Küchen, Stühle, Bilder jetzt enorm billig. Plüschgarnitur ff. 85 Mk. (152)

Kartoffeln
blaue französische 10 Pfd. 40 Pfg., 100 Pfd. 3.25 Mk.
vorzüglich gelbfögende Magnum bonum 10 Pfd. 35 Pfg., 100 Pfd. 2.75 Mk. empfiehlt 659

Wilh. Süfke,
Fernstr. 174b. Warendorpstr. 25.

Alle Sorten Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Zuschnitt empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Original Reichel
Essenzen
Marke „Lichterz“
S sind altbewährt zur Selbstbereitung aller Liköre, Brantweine, Punschextrakte etc.
Von Kennern als einzigartig erklärt!
Originalfl. für ca. 2 1/2 Liter ausreichend, je nach Sorte 25, 40, 50, 60, 75 Pfg. etc.
Bei 6 Flaschen die 7te gratis.
Verlangen Sie sofort: „Die Destillierung im Haushalt“, wertvolles, reich illustriertes Buch mit sämtlichen erprobten Rezepten völlig kostenfrei!
Otto Reichel, Berlin SO.
Vor Nachahmungen wird dringend gewarnt, man nehme ausschließlich nur die bewährten Reichel-Essenzen Marke „Lichterz“.

Geschäfts-Uebernahme.
Hiermit allen verehrten Gästen, Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich die
Wirtschaft mit Stehbierhalle
von Herrn C. Grube, Glockengießerstraße 28
übernommen habe. Für das mir im „Eibe-Trade-Kanal“ in reichem Maße erwiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich in meinem neuen Unternehmen um geneigten Zuspruch. Indem ich auch fernerhin für gute Speisen und Getränke bestens Sorge tragen werde, zeichne Hochachtungsvoll
Wilh. Priess.
Gut gepflegte Biere. Mittagstisch von 12-2 Uhr.
Am Mittwoch, dem 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung des Sparclubs „Lustige Brüder“. (610)

Heute, Sonntag und Montag
die 3 letzten Tage meines
Inventur-Ausverkaufs.
Johannes Holst
Kohlmarkt 6 und Markt 6. (647)

Betten-Duve liefert bestens und billigst!
102 Gr. Burgstr. 32.

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
Bary/Bern-Brauerei Buntekuh.

Schneeweiße Wäsche
gibt Ragoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franco wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutfische von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekt beim Kaufmann.
Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230)

Johann Dittmer
Drögestr. 12a, Eske Warendorpstr.
Inventur-Ausverkauf.
Kolossale Preisermäßigungen in allen Artikeln.
Groß. Posten Reste enorm billig.
Rote Rabattmarken. (654)

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.
Glasscheiben
aller Art billigst, auch im einzelnen.
Kitt, Drakt, Glaserdiam. v. 4 $\frac{1}{2}$ an.
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl.
Häckerstr.-Allee 13. — F. 9/A. (465)

Ministerstürzer.

Obwohl Herr Dr. Delbrück im Reichstag unter dem Beifall der Scharfmacher dem Koalitionsrecht recht enge Grenzen zu ziehen versuchte, wird doch gegenwärtig gerade von diesen Kreisen mit aller Schärfe eine Hez gegen den Staatssekretär getrieben. Die preußischen Juncker werden es ihm nie vergessen, daß er den Mut hatte, in der Budgetkommission des Reichstags einmal klar zu stellen, wie das Reichsamt des Innern an jeder geordneten Arbeit durch die Mitglieder der preußischen Regierung gehindert werde. Staatssekretär Delbrück hatte auch am Mittwoch in der Budgetkommission bei den Erörterungen über eine gesetzliche Regelung der Wohnungsfrage ohne Umschweife erklärt, daß das Reich diese Materie lösen müsse, wenn die Einzelstaaten versagen und daß er nicht mehr auf seinem Platze stehen werde, wenn ihm ein Eingreifen unmöglich gemacht werden sollte. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg bringen nun eine offenbar im preußischen Ministerium des Innern inspirierte Notiz, in der dargelegt wird, daß die Vorarbeiten für ein preußisches Wohnungsgesetz im preußischen Ministerium des Innern schon sehr weit gediehen seien, so daß mit Sicherheit zu erwarten sei, daß der Landtag bereits in seiner nächsten Tagung mit dem Entwurf eines Wohnungsgesetzes befaßt werden wird. Scheinbar richten sich die Spitzen, die in der Notiz enthalten sind, gegen die linksliberale Presse. In Wirklichkeit soll natürlich Staatssekretär Delbrück getroffen werden, und wer die Kräfte auch nur einigermaßen zu beurteilen versteht, die in Preußen-Deutschland sich einen maßgebenden Einfluß usurpiert haben, der kann nicht darüber im Zweifel sein, daß die Lage der Amtstätigkeit des Staatssekretärs Delbrück gefährdet sind. Die preußische Bürokratie vergißt es nie, wenn ein Wissender einmal den Schleier lüftete, um einen Einblick in das Treiben einer verropften Gesellschaft zu gewinnen.

Neben dem Staatssekretär Delbrück ist offenbar auch der Kriegsminister auf die Liste derer gesetzt, denen es bei erster Gelegenheit an den Krügen gehen soll. Die nationalistische Presse erhebt gegen den Kriegsminister den Vorwurf, daß er im vorigen Jahre dem Reichstag nicht eine größere Militärvorlage unterbreitet habe. Vor einigen Tagen ist der Generalinspekteur des Militär-Verkehrswesens Freiherr v. Lyncker plötzlich von seinem Amte zurückgetreten. Die Korrespondenz Notiz, die öfter zu reaktionären Machenschaften benutzt wird, will nun wissen, daß in parlamentarischen Kreisen mit Bestimmtheit behauptet werde, der Rücktritt des Freiherrn v. Lyncker stehe im Zusammenhang mit der Aufstellung des neuen militärischen Nachtragsetats. Angeblich hat das Kriegsministerium erhebliche Abstriche an den weitgehenden Forderungen zum Ausbau des militärischen Flugwesens, wie General v. Lyncker sie vorgeschlagen hat, gemacht. — Der Rücktritt des Generals v. Lyncker kam allerdings etwas überraschend. Der Posten eines General-Inspektors des Militär-Verkehrswesens wurde nach ziemlich harten Kämpfen im vorigen Jahre in der Budgetkommission bewilligt und es bestand bei sämtlichen Parteien kein Zweifel darüber, daß dieser Posten, dessen Notwendigkeit durchaus nicht nachzuweisen war, eigentlich nur geschaffen wurde, um dem General v. Lyncker ein weiteres Vorrücken zu ermög-

lichen. Sein jetziger Rücktritt läßt allerdings darauf schließen, daß bei den oberen preußischen militärischen Kommandobehörden gewisse Unstimmigkeiten herrschen. Vielleicht soll durch diesen Rücktritt die völlige Unfähigkeit des Kriegsministers v. Heeringen ganz besonders auffällig demonstriert werden. Vielleicht gilt auch der Freiherr v. Lyncker als der kommende Mann im Kriegsministerium. Dabei darf man nicht vergessen, daß der gegenwärtige Kriegsminister so ziemlich die reaktionärsten Anschauungen hat, die jemals von einem Kriegsminister im Reichstag vertreten worden sind. Aber die Reaktionäre suchen einen rücksichtslosen militärischen Scharfmacher, nach einem Mann mit der eisernen Faust, der gewillt ist, zu rüsten, ohne nach der Finanzlage des Reiches zu fragen. Nicht zu übersehen ist dabei, daß der Kriegsminister das Versprechen nicht einzulösen vermochte, das er in der Angelegenheit der Duellfrage abgegeben hat, und daß das Zentrum gegenwärtig Bossheitspolitik treibt, um durch kleine Nadelstiche sich wegen des Verhaltens der Regierung in der Jesuitenfrage zu rächen. Für uns spielen die Personen, die an dieser oder jener Stelle stehen, keine Rolle. Sie sind nur die Vertreter eines Systems, an dem sie, selbst wenn der Wille vorhanden wäre, nichts ändern können. Aber es ist kennzeichnend, mit welcher skrupellosen Mitteln gegen einzelne Minister gearbeitet wird, wenn Scharfmacher und Kriegstreiber die Befürchtung haben, nicht auf ihre Rechnung zu kommen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 24. Januar.

98. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Melningen (WP.) fragt: Ist die öffentlich aufgestellte Behauptung richtig, daß in der letzten Zeit die Werbetätigkeit der französischen Fremdenlegation eine besonders intensive war, und daß vor allem die Anwerbung minderjähriger deutscher Staatsangehöriger, sogar angeblich teilweise auf deutschem Boden, zunahm? Bejahendenfalls: was gedenken die verbündeten Regierungen zu tun, um diesem Unwesen Einhalt zu tun?

Ministerialdirektor Lewald: Den neuerdings in der Presse verbreiteten Nachrichten über angebliche Werbungen der französischen Fremdenlegation ist die Regierung nachgegangen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, daß diese Werbetätigkeit eine besonders intensive war, und daß die Anwerbung minderjähriger Deutscher zugenommen hat. Daß auf deutschem Boden eine Werbetätigkeit ausgeübt wurde, hat sich nicht erweisen lassen, und in verschiedenen Fällen aus erfinden herausgestellt. Alle uns bekannt werdenden Fälle werden mit Aufmerksamkeit verfolgt und zutreffendenfalls wird mit größtem Nachdruck eingeschritten werden. (Beifall.)

Abg. Ledebour (SD.) fragt: Ist der Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit die Konsultatsberichte aus den Balkanländern die in verschiedenen europäischen Zeitungen wiederholt vorgebrachten Behauptungen bestätigen, daß die Truppen der verbündeten Balkanstaaten sich Grausamkeiten gegen die türkische, albanische und jüdische Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen, die angeblich stellenweise sogar den Charakter einer systematischen Ausrottung jener Bevölkerungsstämme angenommen haben? Gedenkt der Reichskanzler ferner, die Entsendung einer Kom-

mission seitens der Großmächte zur Untersuchung jener Vorgänge und der durch sie herbeigeführten Zustände anzuregen?

Geheimrat Lehmann: Auf die erste Frage ist zu bemerken: Die Berichte unserer Konsuln aus den Balkanstaaten haben sich mehrfach mit den angeblichen Ausschreitungen beschäftigt. Die Berichte beruhen jedoch in der Hauptsache auf Schilderungen dritter Personen, deren Angaben von den Konsuln nicht nachgeprüft werden können. Soweit sie sich auf Wahrnehmungen beteiligter Personen stützen, hat sich ergeben, daß die verantwortlichen Befehlshaber und Behörden gegen Übergriffe mit Nachdruck und Erfolg eingeschritten sind. Die zweite Frage ist zu verneinen.

Abg. Hoch (SD.) fragt: Ist die Behauptung richtig: Das Kolonialamt habe im Widerspruch mit der im vorigen Jahre abgegebenen Zusage des Herrn Staatssekretärs des Kolonialamts seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Diamantenregie einen neuen Vertrag über die Abgabe der Diamanten aus Südwästafrika schließt, bevor der Reichstag zu den Bedingungen des Vertrages Stellung nehmen konnte?

Ein Vertreter des Reichskolonialamts: Der Staatssekretär des Reichskolonialamts hat am 19. April v. J. in der Budgetkommission erklärt: was die Frage anlangt, daß die Verwaltung mit dem Abschluß des Vertrages hätte warten sollen, bis der Reichstag sich schlußendlich gemacht hätte, so bemerke er, daß der Abschluß solcher Verträge in die Exekutive der Regierung falle, und daß es auch unmöglich sei, derartige Verträge in parlamentarischer Weise abzuschließen. Damit die Regierung solche Verträge richtig abschließen, sei die Diamantenregie eingesetzt, das ist auch heute noch der Standpunkt der Kolonialverwaltung. Sie hat noch keine Zustimmung zu einem neuen Vertrage gegeben. Für die Bedingungen des nächsten Vertrages sind die Neußerungen der Handelskammer in Hanau eingeholt worden. Die Ausschreibung wird voraussichtlich in der 2. Hälfte des März stattfinden.

Etat des Reichsamts des Innern.

9. Tag.

Die Beratung über den Titel „Reichsschulkommission“ sowie über den sozialdemokratischen Antrag auf Umwandlung der Kommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen wird fortgesetzt.

Abg. Schulz (SD.): Unser Zweck, den Reichstag zu einer Schuldebatte zu veranlassen, ist erreicht worden. Wir wünschen die Zuständigkeit des Reiches auf dem Gebiet der Schule und möchten das am liebsten durch ein Reichsschulgesetz herbeiführen. Der Abg. Rudolph sieht in unserer Resolution eine Gefahr für die Einzelstaaten. Es soll ihnen ja aber gar nichts genommen werden, sie sollen nur zu flotterem Vorgehen aufgemuntert werden. Darin kann doch keine Gefahr liegen. Daß wir Sozialdemokraten, wie er fürchtet, das Heft in die Hand bekommen, wird die Mehrheit des Reichstages schon zu verhindern wissen. Würde man übrigens eine Volksabstimmung darüber herbeiführen, ob das deutsche Volk das Volksschulwesen lieber in den Händen der Sozialdemokratie oder in denen des internationalen römischen Klerikalismus sieht, so wird es sich sicher für die Sozialdemokratie entscheiden. (Beif. Just. b. d. Soz.) Wir haben noch immer kein Gesetz über das Einjährig-Freiwilligen-Privileg. Der Kriegsminister von Gophler sagte seinerzeit, es könne nicht erlassen werden, weil die Unterrichtsverhältnisse in den verschiedenen Bundesstaaten so verschieden sind, erst wenn sie einheitlicher gestaltet sein werden, wird es erlassen werden. Wir Sozialdemokraten haben übrigens keine Sehnsucht nach diesem Gesetz, sondern wünschen vielmehr ein einfaches Gesetz, das das Einjährigprivileg von Grund aus abschafft. (Beif. Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei Herrn Reichsminister erkenne ich gern an, daß er im Gegensatz zu vielen seiner preußischen Kollegen den Mut hat, auszusprechen, was er denkt. Er hat ja erfreulicherweise unsere Forderung auf Einrichtung eines Reichsschulamts unterstützt, allerdings mit einem gewissen Vorbehalt. Aber dieser Vorbehalt hat gar keine Bedeutung,

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(14. Fortsetzung.)

Ich will Dir etwas sagen, mein Kind, fuhr sie lächelnd fort, etwas, was nicht neu ist, aber jedenfalls immer wahr bleibt. Wir können lethargische, verbrecherrische, verräterische Männer lieben, Männer, die den schlechtesten Ruf haben, ihre Laster verschwinden vor uns, aber einen Mann, und wäre er aller Güte Inbegriff, der sich lächerlich macht, den wir um den Finger wickeln können, den liebt kein Weib.

Sie hatte bei diesen Worten die junge Frau umarmt und ihr den Schlüssel ins Ohr gesteckt. Emma eilte damit fort, sie mochte nichts weiter hören.

Nach einiger Zeit trat sie in das Zimmer ihres Mannes. Da sah er an seinem Schreibtisch verrent in Betrachtungen über ein großes, gelehrtes Buch, das mit Bildwerken gefüllt war. Er hörte sie nicht, denn er beugte sich über den Folianten, aber sie konnte in seinem Gesicht den Ausdruck freudiger und gespannter Erwartung erkennen. — Nein, er war nicht schön, er war nicht jung, er war nicht angenehm leicht und beweglich. Seine dünnen Haare fielen wirt auf die breite Stirn; seine groben, starken Züge trugen in ihren Falten die Spuren angestrengter Arbeiten; die Hand, auf welche er den schweren Oberkörper stützte, war nicht schmal und nicht sorgsam gepflegt. In seinem grauen, abgetragenen Rock, ein Morgentuch nachlässig um den nackten Hals geschlungen, bot er den müdernden Blicken der jungen Frau, die sich nachsinnend auf ihn hesteten, nichts dar, was ihr ein freudiges Gefühl erregte. Sie stand einige Minuten lang nachsinnend und ohne sich zu regen, dann aber hellten sich plötzlich wie von einem Entschluß belebt ihre Miene auf, und indem sie dicht herantrat und lächelnd über seine Schulter fortblickte, legte sie auf diese ihre weichen Finger.

O! rief er sich aufrichtend voller Freudigkeit, Du bist es! Freilich bin ich es, erwiderte sie. Aber ich komme wohl nicht zur rechten Zeit?

Immer kommst Du zur rechten Zeit, immer, meine liebe Emma! sagte er; nur jetzt, ja wirklich, — er warf einen lächelnden verlangenden Blick auf das große Buch — jetzt bin ich sehr beschäftigt. Wolltest Du mir etwas mitteilen?

Was beschäftigt Dich denn so sehr? fragte sie. Das ist etwas ganz Neues, höchst Interessantes! rief er mit großer Lebendigkeit. Es ist ein Werk von dem berühmten Kardinal, seine Berichte über die Ausgrabungen in Babylon und Ninive. Das sind wunderbare Entdeckungen, von denen man bisher nichts ahnte; die Trümmer und Reste von Bauwerken, Städten, Tempeln und Palästen, gegen welche alles,

was die neue Zeit hervorbrachte, Kartenhäuser und Kinderpiele sind. Der Kaiserpalast in Ninive hat mit seinen Bauten mehr Raum eingenommen, als alle Römerpaläste zusammengenommen, und, denke Dir, Ninive war wenigstens dreimal so groß, als London jetzt ist. Von diesem ältesten Kulturleben der Menschheit wissen wir gar nichts, und doch haben sie viele Jahrhunderte lang große Staaten gebildet, Künste und Wissenschaften getrieben und wunderbare Werke ausgeführt. Ich finde hier neue Beweise dafür, daß Ägypter und Ägypter die Lehrer der Griechen waren, die griechische Kunst sich aus der Kunst der ältesten Völker herausbildete. — Es kann auch gar nicht anders sein, fuhr er mit glänzenden Blicken fort, man hat Säulensysteme und Verzierungen entdeckt, die den dorischen durchaus ähneln und nicht fortzuliegen sind. Du kannst denken, beste Emma, wie das alles meine Teilnahme erregt und mich beschäftigt.

Mehr als Deine Frau, sagte sie spottend. Allerdings, in ihrer Art, das heißt — nun ja, Du weißt wohl, wie ich es meine, erwiderte er. Wo man in vergangene festverschlossene Jahrtausende blickt, da ist es verzeihlich, wenn man sich ganz darein vertieft und den Staub der Gegenwart vergißt.

Ich wage als ein solches Staubkorn mich kaum weiter bemerkbar zu machen. O! Du mußt nicht böse sein! hat er, ihr beide Hände reichend. Du mußt mir verzeihen, wenn ich wie ein Gelehrter spreche.

Gut, sagte sie, ich will es dem Gelehrten nicht nachtragen, daß er sich lieber mit babilonischen Ruinen, als mit seiner hübschen Frau beschäftigt, aber ich verlange jetzt von ihm, daß er sich wenigstens auf einige Stunden herabläßt, mich zu begleiten.

Begleiten? fragte der Doktor. Wohin denn? Ich glaube, erwiderte sie, daß es schädlicher ist, wenn ich nicht immer mit der Tante allein gehe, und daß es — besser ist, wenn Du Deinen Willen dabei doch auch zuweilen geltend machst. Tue es, Johannes; komm, mache Deinen Willen geltend.

Meinen Willen? fragte er ganz erstaunt, als begriffe er nicht, wie sein Wille in Betracht kommen könne. O, sagte er dann freudig hinzu, ich will ja alles, was Du willst, und die Tante ist eine so kluge Frau, die in allen Dingen Dir den besten Rat geben kann.

Meinst Du? sagte Emma, indem sie ihn anblickte, und wenn er das geringste Weltverständnis gehabt hätte, würde er an dem Klange dieser Worte und an den Lippen seiner Frau warnende Zeichen genug entdeckt haben. Aber er sah und entdeckte nichts. Die größte Vertrauensgläubigkeit leuchtete aus seinem Gesicht. Ganz sicher! rief er aus, es ist unmöglich, daß es bessern Rat und Beistand geben kann.

Die junge Frau stand einige Minuten nachsinnend und schweigend, während er ihre Hand hielt und mit unruhigen Augen darüber weg nach seinem Buche blinnte.

Weißt Du auch, sagte sie, daß Leopold, ich meine Sternau, mir heut den ersten Unterricht geben will? Das Reitkleid ist soeben gekommen.

Das ist ja vortrefflich! erwiderte er, seine Hände reibend. Nun meinte ich, fuhr sie fort, Du solltest mit uns in den Park fahren und wenigstens zugehen sein, oder, setzte sie rascher hinzu, ich lasse es auch ganz, wenn Du glaubst, es sei besser. Meinst Du das nicht, lieber Johannes?

Gewiß nicht! sagte er ärtlich, Du hast es ja gern, und es soll so gesund sein. Aber ich, meine liebe Emma, ich bin wirklich nicht imstande, Dich zu begleiten, denn ich muß meine Zeit benutzen; ich habe sehr dringende Geschäfte.

Ich müßte mich also Sternau allein anvertrauen, da Du mich nicht begleiten willst.

Der gute Sternau! Er wird alle Sorgfalt für Dich haben, erwiderte der Doktor, ohne ihren Blick zu verstehen. — Ich will mich besonders bei ihm bedanken, aber begleiten kann ich Dich nicht. Ich bin, wie ich glaube, auch völlig überflüssig dabei.

Sein argloses Lächeln und diese gedankenlose Liebesfreudigkeit, so unfähig einen Zweifel aufkommen zu lassen, würden zu anderer Zeit und unter anderen Beziehungen das Herz der jungen Frau mit Wärme gefüllt haben, jetzt aber verschärfte sie die geheime Abwendung ihrer Gefühle und den Streik, der in ihr wühlte. Sie war hierher gekommen, weil die Tante ihr einen Spiegel vorgehalten hatte, vor dem sie erschraf, denn was sie darin erblickte, wollte sie sich selbst ablehnen und Lügen strafen. Die Überlegenheit der Tante hatte sie gedemütigt; die Blide, mit denen die kluge Frau die Behauptung erwiderte, daß auch sie ihren Mann liebe, waren in ihre Seele gedrungen wie Diebe, die mit fremden Augen einen Genossen verachten, der ihnen ins Gesicht behauptet, er sei ehrlich und wahrhaftig. Rücksichtslos hatte die Tante in die dunkle Kluft ihrer geheimsten Gedanken gegriffen, was sie vor sich selbst verbarg, ans Licht geholt, ihr gezeigt, daß sie wisse, was sich in ihr regt, und ihren Segen dazu gegeben. Aber noch erfüllte diese Entdeckung sie mit Unwillen; sie fühlte sich erniedrigt, beleidigt von der gewalttätigen Vertraulichkeit, die sich ihr aufdrängte, eine Stimme sagte ihr, daß die Tante sie damit vollständig beherrschen werde. So rang sie zu dem Entschlusse, ihren Mann aufzusuchen, um ihn zur Hilfe zu rufen gegen den Feind in ihrem Herzen. Sie wollte der Tante beweisen, daß sie ihn noch liebe, und er sollte inne werden, was auf dem Spiel stehe.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

Arbeitswillige als Zeugen. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hatte sich der Arbeiter Willy Claus vor dem Schöffengericht Magdeburg-Neustadt zu verantworten. Er sollte gelegentlich des Metallarbeiterstreiks bei der Firma Mundlos & Co. den Stellmacher Werda bedroht haben, indem er ihm sagte, wenn der Streik beendet sei, sei er der erste, der mit der Arbeit aufhören müsse, ihm würde solange zugekehrt werden, bis er die Arbeit niederlege. Der Angeklagte bestritt die Äußerung, während der Arbeitswillige behauptete, das in vollem Umfang befunden, was die Anklage behauptete. Der angeblich bedrohte Arbeitswillige sagte dagegen als Zeuge aus, daß nicht der Angeklagte, sondern ein anderer die Äußerung getan habe. Trotz eindringlicher Vorhaltungen des Gerichtsvorstehenden blieb der erste Zeuge bei seinen Behauptungen. Das Gericht erkannte jedoch vernünftigerweise auf Freisprechung.

Der Obermeister vor Gericht. Die Strafkammer in Leipzig verurteilte den früheren Obermeister der dortigen Buchbinder-Zunft, Göhre, wegen Konkursvergehens, Betrugs und Unterschlagung zu einem Jahr zehn Monaten Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust. Sechs Wochen Untersuchungshaft kamen auf die Strafe in Anrechnung.

Aus Nah und Fern.

Scheldrama. Der Expedient-Bulz kam mit dem Wiener Schnellzug mit seiner Frau in Dresden an. Das Paar begab sich sofort nach der Prillischen Terrasse, wo es Gift nahm, um aus dem Leben zu scheiden. Darauf stürzten sich beide in die Elbe. Die Strömung spülte den Mann aber wieder an das Ufer, während die Frau bemühtlos auf einer Eischolle weiter trieb. Der Mann rief in seiner Verzweiflung um Hilfe, und es gelang trotz des starken Eisganges, die Frau zu retten.

Schiffsuntergang. Die norwegische Bark *Alga* ist am Dienstag in der Nordsee untergegangen. Von der aus 15 Mann bestehenden Besatzung sind 12 ertrunken, 8 Mann stammen aus Steintin.

Von einem Schüler erstochen. In dem pfälzischen Orte Oberberbach verlegte während eines Streites ein 14jähriger Volksschüler einem Mitschüler einen Messerschnitt, der die Lunge traf. Der bedauernswerte Junge ist auf dem Wege nach dem Krankenhaus gestorben.

Einwurfskatastrophe. In Mac Kinley (Amerika) stürzte eine Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen zusammen. Die Trümmer durchbrachen die Wände eines benachbarten Kaufhauses und brachten auch dieses zum Einsturz. Die Ruine des Kaufhauses geriet in Brand. Bei der Katastrophe sind acht Menschen getötet und fünfzehn verletzt worden.

Unter schweren Symptomen einer akuten Fleischvergiftung sind in Czernowitz 17 Einjährig-Freiwillige des Infanterie-Regiments bedenklich erkrankt. Die Erkrankten nahmen ihr Essen in der Offiziersmesse ein. Gegen den Fleischer, der das Fleisch lieferte, ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, Anzeige erstattet worden.

Ein gemeiner Streich. Ein Mann beschädigte in der Londoner Nationalgalerie Bilder englischer Meister mit einem Zollstock. Er zerbrach bei vier Bildern das Glas und zerkrachte sie leicht. Der Mann wurde sofort verhaftet. Man hält ihn für geisteskrank.

Zwischensturz. Oberhalb der Ortschaft Almond bei Grenoble ging eine Lawine nieder und überschüttete einen Bauwerk. Zwei Arbeiter wurden getötet und fünf schwer verletzt.

Die Rettung der Schiffbrüchigen des Dampfers „Veronese“. Über das Rettungswerk an den Schiffbrüchigen des am 16. Januar bei Leizoes gestrandeten Dampfers finden wir folgenden Bericht aus Oporto vom 18. Januar datiert: Der Dampfer „Veronese“ hat sich ein wenig nach der linken Seite geneigt und mit dem Hinterteil etwas geneigt, liegt aber fest auf und zwischen den Klippen. Das Trauerspiel mit dem ungenügenden Rettungsmaterial verlängerte sich bis heute nachmittags. Aus Bianna de Casella waren freiwillige Rettungsmannschaften angekommen, deren Vorrichtungen etwas besser, aber immerhin ungenügend waren. Das einzige taugliche arbeitende Material war und ist das Menschenmaterial, das ununterbrochen mit Lebensgefahr und rühmensehrer Aufopferung unentwegt die gerissenen Seile und zerplitterten Gerüste ersetzte und nach und nach einige weitere Reisende rettete. Im Lande empfingen unermüdet portugiesische, englische und deutsche Damen die halbtoten Ankommlinge und leisteten zusammen mit den Ärzten die erste und weitere Hilfe. Mehrere Schiffbrüchige mußten im Krankenhaus untergebracht werden, die anderen fanden Unterkunft, Kleidung und Pflege in hilflosen Familien. Bei alledem wäre auf dem angefahrenen Wege die Rettung der sämtlichen Schiffbrüchigen unmöglich gewesen, denn Nässe, Kälte, Hunger und Durst hätte inzwischen mit ihnen aufgeräumt. Der Schleppdampfer „Berrio“ von der Kriegsmarine war aus Lifabon zu Hilfe gekommen, aber er konnte wegen der Klippen nicht an die „Veronese“ herangelangen. Da kam gegen Mittag zu Lande auf der Bahn infolge einer Auforderung des Hafenkommandanten von Leizoes die Privatrettungsmannschaft aus Povoa de Varzim an, einer kleinen Ortschaft am Meere, einige Meilen nördlich von Oporto gelegen, alles wetterfeste wagemutige Seebären, mit ihren zwei Rettungsbooten. Zwar gab ihnen der Kommandant nicht die Erlaubnis, mit dem Rettungswerke zu beginnen, weil nach seiner und vieler anderer Ansicht dieses Unternehmen einfach Selbstmord wäre, allein nach kurzem Befinnen ließen die Leute ihre Boote ohne Erlaubnis zu Wasser, verschwanden in der Brandung, tauchten wieder auf, ließen sich zwischen den Klippen hin- und herwerfen und gelangten schließlich wie durch ein Wunder soweit an die festgenagelte „Veronese“ heran, daß sie Schiffbrüchige aufnehmen und nach dem nicht weit davon liegenden Schleppdampfer „Berrio“ bringen konnten — und jetzt atmete Oporto auf, das mit Herzklappen bis dahin das erschütternde Trauerspiel zu Taufenden in Sturm und Regen vom Ufer aus beobachtet hatte. In kurzer Zeit waren 80 Personen in Sicherheit, und es besteht nunmehr wohl kein Zweifel, daß der morgige Tag alle Besingenen gerettet sehen wird, die bis dahin in Todesangst, Kälte, Nässe und Entbehrungen überstanden haben, leider soll frei-

lich eine Anzahl schon unterlegen sein. Zivil- und Militärbehörden haben heute das mögliche getan, um zum Rettungswerke beizutragen; es fehlt nicht an Zelten, Betten, Kleidung und Nahrungsmitteln für die Arbeitenden. Ein Matrose ist leider seinem Eifer zum Opfer gefallen. Geschwächt und durch langen Aufenthalt im kalten Wasser steif und gefühllos geworden, nahm ihn eine unerhoffte schwere Welle hinüber ins Jenseits. Ein Schuhmann konnte unter gleichen Verhältnissen noch eben knapp an Land kommen und fiel dort ohnmächtig dem roten Kreuz in die rettenden Hände. Der Kapitän des verunglückten Dampfers heißt nicht Laura, sondern Turner, und so viel man vom Land aus sehen konnte, war er unermüdet, und seine Anordnungen wurden streng und schnell befolgt. Die Schiffsmannschaft besteht aus 92 Köpfen und die ganz verlorene Ladung aus 42 800 verschiedenen Volumen. In Vigo schiffen sich neun Reisende zweiter Klasse und 109 dritter Klasse ein. Deutsche Reisende sind allem Anschein nach nicht an Bord gewesen. Das Schiff war 1906 in Belfast gebaut und soll 2½ Millionen Mark gekostet haben, hat 8000 Registertonnen und 11 000 t Wasserverdrängung und lief zwölf Meilen in der Stunde. Vor ungefähr drei Jahren lief die „Veronese“ in der Nähe von Vigo auf und verursachte 600 000 Mark Reparaturkosten. Nach einer Madrider Blättermeldung vom 20. d. M. ist der Dampfer ausgegeben worden. Die Gesamtzahl der Ertrunkenen und Vermissten betrage 43; außerdem befanden sich 16 Reisende schwer verletzt im Krankenhaus zu Oporto. Der Kapitän und die Offiziere hätten den Dampfer am Nachmittag verlassen, nachdem die Rettung der Besatzung und der Fahrgäste vollständig beendet gewesen sei.

Wann man besoffen, und wann man unwohl ist. Die „Westfälische Rundschau“ in Warendorf bringt in ihrer Nr. 14 vom 19. Januar folgende Zuschrift: Die verschiedenen Artikel über die Sperrung des Wartesaals 1. und 2. Klasse auf dem Bahnhof in Wersch veranlassen mich, folgenden Vorfall mitzuteilen, der sich — allerdings schon vor einigen Jahren — im Wartesaal 1. und 2. Klasse in Münster zugetragen hat. Dort saß nämlich eines Abends ein einfach gekleideter Mann mit einem Mordbrausch. Der Bahnhofsvorleiter, der die Züge abruft, findet ihn und fragt nach seiner Fahrkarte. Da er nur eine solche 3. Klasse vorzeigen kann, wird er vom Portier aus dem Wartesaal entfernt mit der Begründung: „Wenn Sie eine Fahrkarte 2. Klasse hätten, wären Sie unwohl und könnten hier bleiben, wenn Sie aber nur eine Fahrkarte 3. Klasse haben, sind Sie besoffen und müssen hier raus!“ Diese Klassifizierung ist auch heute noch möglich, so daß garnicht betont zu werden braucht, daß der Vorfall schon einige Jahre zurückliegt.

Ein kleines Mißverständnis. Der „Frankf. Zeitung“ schreibt man aus Amsterdam: Ein bißchen spät erst wird eine ergötzliche Geschichte bekannt, die sich zu Neujahr in holländischen Abgeordnetenkreisen abgespielt hat. Um sie zu verstehen, muß man den frommen Sinn der holländischen Calvinisten kennen, die so zartfühlend sind, daß sie vor jedem Fluch in Empörung geraten. Allerdings hat auch diese Frömmigkeit ihre Grenzen, die in den meisten Fällen gerade mit den Grenzen Hollands zusammenfallen. Denn außerhalb Hollands haben wir nirgends solche lustige Brüder angetroffen wie jene Niederländer, die in ihrem Vaterlande mit den strengen Mienen der Moralität und Entsaugung herumlaufen. Im Dezember nun geschah es in der zweiten Kammer, daß dem Sozialisten Duys im Eifer des Gefechtes der bei Gottlosen äußerst beliebte Fluch: „God verdomme!“ entwichte, was dem in Deutschland auch nicht gerade seltenen Kernwort „Gottverdamm!“ entspricht. Der fromme Calvinist Duymaer van Twilt war hierdurch „ten zeerste in zyne gevoelen gekwetst“, das heißt auf das tiefste in seinen Gefühlen getränkt, und er hielt dem unartigen Sozialisten sofort eine ganz energische Standrede. Herr Duys ärgerte sich und schwor Stein und Bein, daß er in Dreizehnenmalen niemals geküßt habe. Damit schien die Angelegenheit erledigt. Aber zu Neujahr sandte Herr Duys seinem empfindsamen Kammerkollegen holländischer Sitte gemäß drei große Buchstaben aus Marzipan: ein G, ein v und ein D. Herr Duymaer meinte augenblicklich zu verstehen, was das heißen sollte. Nichts anderes als „God ver-Domme“ natürlich, und er ward abermals „in zyne gevoelen gekwetst“. Und kaum wurde er des kühnen Herrn Duys in den Wandelgängen der Kammer habhaft, als er ihm auch sofort vor den ernst aufhorchenden Kammermitgliedern die Meinung sagte, und das gründlich. Aber Herr Duys erwiderte ganz erstaunt: „Ich weiß nicht, weshalb Sie frommer Herr in einemfort ar: Glückedenken! G. v. D. heißt „Gelukwensch van Duys“ (Glückwunsch von Duys) und nichts anderes!“ Sagte es und ging strahlend seiner Wege.

Genossenschaftsbewegung.

Die Genossenschaftsbewegung auf Island. Obwohl von der Genossenschaftsbewegung auf Island bisher wenig bekannt war, ist diese Bewegung doch nicht ganz neu. Die ersten Versuche, sich auf der Insel Island genossenschaftlich zu betätigen, gehen bis auf das Jahr 1830 zurück, doch ist die moderne Genossenschaftsbewegung in Island erst am Anfang dieses Jahrhunderts zur Blüte gelangt. Um die Bewegung recht zu werten, muß man die ländlichen Verhältnisse Islands kennen. Von den 1900 Quadratmeilen Islands sind nur 700 Quadratmeilen mit Einwohnern bewohnt, während 400 Quadratmeilen in Kultur genommen sind. Island hat gute Weiden, außerdem aber auch einige der besten Fischplätze der Welt. Der Boden birgt Kupfer, Zink und Gold. Auf Island könnten anstatt 80 000 Einwohner zwei bis drei Millionen leben, sagt ein isländischer Schriftsteller. Das ökonomische Leben hat in Island jahrhundertlang stagniert. Der Monopolhandel ließ besondere Betriebsamkeit der Bevölkerung nicht aufkommen. In den letzten Jahren sehen wir besonders auf dem Gebiete des Bauwesens kulturelle Fortschritte. Nicht allein, daß die Beamten gut wohnen, auch die Bauern auf dem Lande bewohnen heute bessere, gesündere Wohnungen, als es früher der Fall war. Auch die Ernährungsweise ist eine bessere geworden.

Seit einiger Zeit finden wir in Island günstigen Boden für genossenschaftliche Tätigkeit. Augenblicklich hat Island 40 Genossenschaftsmeistereien, die mit gutem Erfolg arbeiten. In Arneshöf sind elf Meistereien und in Rangarwallahöf

fünf solcher Meistereien vorhanden. Gewöhnlich erbaut man sie an fließenden Gewässern, die die Triebkraft liefern können. Die Einrichtung befähigt die Meierei, täglich 150 bis 400 Pfund Butter zu produzieren. Die Errichtung einer solchen Meierei verursacht 2500 bis 3000 Kronen Kosten. Die später errichteten Genossenschaftsmeistereien erzielen zufriedenstellende Resultate. Große Mengen Schaffelstroh wandern aus nach Dänemark. Ein besonders großer Abnehmer dieses isländischen Fleisches ist die Großeinkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine.

Die ersten Versuche, den Einkauf genossenschaftlich zu organisieren, datieren aus dem Jahre 1830. Einige Bauern schlossen mit einem Kaufmann einen Kontrakt, der ihnen billigere Preise, als die Tagespreise sie darstellten, beim Kauf ihrer Ware garantierte. Später wurden dann noch Versuche unternommen, Getreide, Kaffee, Zucker usw. gemeinsam einzukaufen, doch sind alle diese Versuche nicht auf der Grundlage einer wirklichen Organisation unternommen worden. Der erste eigentliche Konsumverein wurde in Island 1882 gegründet. Es war der Konsumverein „Thingeyna“. Im Jahre 1886 wurden zwei ähnliche Vereine ins Leben gerufen und im Jahre 1890 ebenfalls vier bis fünf Vereine neu gegründet. Der eigentliche Aufschwung der Konsumgenossenschaftsbewegung Islands datiert vom Jahre 1899. Die bestehenden Vereine sind nach ihrer Größe sehr verschieden. Einige erstrecken sich über einen ganzen Kreis, andere wieder sind in ihrer Ausdehnung eng begrenzt. Die innere Organisation der größeren Vereine sieht mehrere Abteilungen vor, die auf der jährlichen Delegiertenversammlung durch Repräsentanten vertreten werden. Der Vorstand eines jeden Vereins besteht aus drei Personen. Die Konsumvereine nehmen ihren Einkauf gewöhnlich im Frühling oder im Spätwinter vor. Sie kaufen ihre Waren meistens im Auslande, namentlich in Großbritannien, wo die isländischen Konsumvereine ständig einen Kommissionär haben. In der Regel erhalten die Konsumvereine die Waren gegen Wechsel auf drei bis sechs Monate oder gegen Kredit, doch ist in letzter Zeit die Barzahlung immer üblicher geworden. Im Jahre 1903 waren insgesamt 20 Konsumvereine mit 140 Unterabteilungen und 5800 Mitgliedern vorhanden, die einen Jahresumsatz von 600 000 Kronen erreichten. Die Vereine besaßen Gebäude im Werte von 70 000 Kronen. Einige Vereine haben Reserven in Höhe von 33 000 Kronen. Wenn Island auch keine Millionenvereine aufweist, so besitzt es doch eine gute Grundlage für die weitere Ausbreitung des Konsumgenossenschaftswesens. Augenblicklich hat Island 40 Konsumvereine mit einem Jahresumsatz zwischen 1 und 1½ Millionen Kronen.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern Wagners „Lohengrin“ zur Aufführung. Den Landgrafen von Thüringen sang mit der Absicht, hier engagiert zu werden, Herr Steeg vom Stadttheater in Münster i. W. Es hat den Anschein, als ob Lübeck einen Teil seiner Operkräfte nach Hamburg abgeben muß, während die Ergänzung für hier durchweg aus Münster bezogen werden soll. Unsere jugendlich-dramatische Sängerin war im vorigen Jahre dort tätig, der neue irische Tenor wirkt gegenwärtig dort, und jetzt kommt auch der Bass aus diesem schwarzen Teil Westfalens. Herrn Steegs Organ ist zwar ausreichend für unser Theater, aber dem Tone, der häufig etwas nasal und gequält klingt, mangelt es an Rundung und Wohlklang. Darstellerisch hervorzutreten gibt die Partie des Landgrafen keine Gelegenheit. Die Aufführung des „Lohengrin“ hinterließ als Ganzes einen vorwiegend günstigen Eindruck. P. L.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 26. Januar bis 2. Februar 1913:
Sonntag, 26. Januar, ab 8 Uhr: „Mit Heideberg“, Schauspiel von Messer-Förster. Abends 7½ Uhr: „König für einen Tag“, rom. kom. Oper von H. Adam, bearbeitet von P. Wolf. — Montag, 27. Januar: „Lohengrin“, Oper von W. Wagner. — Dienstag, 28. Januar: „Gudrun“, Trauerspiel von Emil Dardl. — Mittwoch, 29. Januar: „Kut o' Liebchen“, Burlesk-Operette von Jean Gilbert. — Donnerstag, 30. Jan.: „König für einen Tag“, rom. kom. Oper. — Freitag, 31. Jan.: „Eva“, Operette von Franz Lehár. — Sonnabend, 1. Febr.: „Junge“, Das Drama einer Liebe von Johs. Falow. — Sonntag, 2. Februar: Gastspiel der Hofopernsängerin Hedwig Francillo-Kauffmann, Hoffmanns Erzählungen, Oper von J. Offenbach.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.
„Neue Zeit“, Heft 17.
„Wahre Jacob“, Nr. 8.
„Gleichheit“, Nr. 9.
Die „Neue Musik-Zeitung“ bringt in Heft 7 hochinteressante Erinnerung an Anton Bruckner von August Stradal (Wien). Dr. Leyer (Danzig) setzt seine überaus wertvollen Studien zur Psychologie der musikalischen Uebung fort. Einen Hinweis auf einen offenbar mit Unrecht vergessenen Komponisten Stefan Stoder bringt Dr. Hans Volkmann (Dresden) in einem Vortrag-Artikel. Zum pädagogischen Teil steuert Hoppianist Professor Heinrich Schwarz einen Notenaussatz Chopins Etüden bei. In Heft 8 unternimmt Heinz Thießen (Berlin) den Versuch, über die reine Wirkung der Strahlischen Programm-Symphonie aufzuklären, der Artikel bringt neue Gesichtspunkte. Die Textfrage zum Don Juan findet weitere Beachtung von Dr. Rudolf Cahn-Speyer in einer Entgegnung an Heinemann. Dr. Dieterich (Berlin) wendet sich gegen die Leiter des Verbandes der kongertierenden Künstler Deutschlands. Der pädagogische Teil enthält einen Beitrag über den Orgelpunkt von M. Koch (Stuttgart). Ein Bild: Schuch als Dirigent (nach dem Gemälde von Robert Sterk, Dresden) schmückt das Heft, dem ein Klavierstück von Koch und ein Lied von Müllers beigegeben sind. Probeheft versendet kostenlos der Verlag Carl Grüniger in Stuttgart.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz & Co. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ein guter Rat in teurerer Zeit.

Ohne teures Fleisch kann die Hausfrau wohlnehmende, nahrhafte Suppen herstellen, wenn sie die bekannten **Maggis Suppenwürfel** zu 10 Pfg. für 2—3 Teller kauft. **Maggis Suppen** stehen den besten mit Fleischbrühe zubereiteten Suppen in nichts nach. — Mehr als 40 Sorten. — Beim Einkauf achte man aber auf den Namen **Maggi** und die **Schuhmarke „Kreuzflera“**.



Gesangverein „Eintracht“.

Gross. Maskenball

am Sonntag, dem 2. Februar 1913

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Saaloöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Um 8 Uhr: **Großer Maskenzug.** Demaskierung 12 Uhr.
Sämtliche Aufführungen finden präzise von 6-8 Uhr statt.
Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und 12-4 Uhr.
Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pfg., eine Dame frei.
Eintrittspreis für Fremde 80 Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: Kluth, Gewerkschaftshaus, Wittfoot, Huxstraße 18, F. Lender, Huxstraße 94, H. Grevesmühl, Fischergrube 24, Karl Dose, G. Ehlers, Huxstraße 110 und bei sämtlichen Komiteemitgliedern.

Karten für Mitglieder werden nur vom Boten, H. Hümmöller, Alfstraße 31, bis zum 1. Februar und Sonnabends von 9-10 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

Masken-Garderobier: Gust. Will, Wahnstraße 71.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Photograph C. Brandt (Atelier Lubeca) ist im Lokal anwesend.

Masken-Anzüge sind im Lokale zu haben.

Das Komitee.

Waisenhaus.
Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den Müttern oder den Angehörigen der Kinder in Begleitung der Lehrer am Jahrsabschlussmontag, dem 3. Februar, morgens 9 Uhr, im Waisenhaus anzubringen.
Lautscheiden, Zugscheine und legitimes Schulzeugnis des Kindes sind dabei anzubringen.
Die Vorkerschaft des Waisenhauses.

Für die freundliche Aufmerksamkeit der Mütter der Mädchen Schwestern sage hiermit meinen besten Dank.
Fritz Schmidt.

Gute Nacht 2 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau Anna, geb. Schnell, von einem heftigen Schlaganfall plötzlich erkrankt.
Bernhard Warneke.

Danksagung.
Allen denen, die meinem lieben guten Mann die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kranzweigen schmückten, sowie seinem Arbeitgeber Herrn Schöner, den Beamten, Meistern, seinen treuen Kollegen und Mitarbeitern der St.-Lorenz-Gilde, den Kollegen vom Deutschen Arbeitervereinsverband, sowie allen Nachbarn, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Walter Wildenstein für die reichlichen Worte am Grabe meines lieben Entschlafenen meinen tiefgefühltesten Dank.
Marie Cordes geb. Bauer.

Danksagung.
Für die herzlichste Teilnahme und zahlreichsten Kranzweihen bei der Beerdigung unserer lieben Mutter und Schwester sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Walter Müller für die trefflichen Worte unsern innigen Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen August Meier und Frau Lützowstraße 18.

1 Malerlehrling
zu Offern gesucht.
Aug. Fölsch, Bei St. Johannis 22.

1 möbl. heizb. Paterzimmer
zu vermieten.
Friedrichstraße 7, L.

1 möbl. heizb. Paterzimmer
zu vermieten.
Friedrichstraße 7, L.

1 möbl. heizb. Paterzimmer
zu vermieten.
Friedrichstraße 7, L.

Maskenkostüme
in großer Auswahl empfiehlt billig. Komme auf Wunsch nach auswärt.
G. Will, Wahnstr. 71.

Elegante Maskenkostüme für Herren und Damen in großer Auswahl. (588) Gartenstraße 33, I.

3 eleg. S.-Masken-Anzüge zu vermieten. Georstr. 24, II. (577)

20 eleg. Herren-Masken-Anzüge billig zu vermieten. (661) Weißhofsstr. 37, part.

Ein sauberes, flottcs Damen-Maskenkostüm billig zu verm. (686) Brüderstraße 5 a, II.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
fl. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
fl. Mittagstisch fl. von 12-2 Uhr, 10 Pf.

**Hauszimmerleute-
:: Sterbefasse ::**

General-Versammlung
am Montag, d. 27. Januar,
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Kameraden Mohr,
Gundelstraße 101.
Tagesordnung: 1. Jahresabschlussrechnung. 2. Vorstandswahl.
Der Vorstand.

**Achtung!
Kohlenarbeiter!
Versammlung**
am Montag, dem 27. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Jährliche Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.
NB. Das Erscheinen sämtlicher Kohlenarbeiter ist dringend notwendig.
D. D.

Gasthof „Transvaal“
Schwartau.
Montag, den 27. Januar
zum Schwarzauner Markt:

Gr. Tanz-Musik
Ansch. von H. Bockbier
der Vereins-Bräuer.
Hierzu ladet freundlichst ein
R. Pinkert.

Einsegel.
Sonntag, den 26. Januar:
Abschiedsball
verbunden mit
Bockbier-Fest.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
9 Uhr: Konzertmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. J. J.

Zentral-Hallen.
Sonntag, den 9. Februar:
I. große öffentliche
Volksmaskerade.
Vorzugskarten sind im Lokal zu haben. (631)

Waisen-Hof.
Sonntag: Große Tanzmusik
verbunden mit Kappenfest. Verstärktes Orchester.
G. Gipp.

Konzerthaus „Flora“.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.
Sonntag, den 9. Februar:
Gr. öffentliche Volksmaskerade.
Gustav Wirthel.

Segler-Klub „Hansa“ v. 1898.
Sonnabend, den 1. Februar:
Großes Kappenfest
im Restaurant „Wakenitz-Bellevue“.

Friedr.-Franz-Halle
Endstation Krankenhaus.
Morgen Sonntag
Großes
Tanzkränzchen.
Eintritt frei.
Ansch. von 651
ff. Lückschem Bock

Hansa-Halle
Heute Sonnt., d. 26. Jan.:
Großes humorist.
Bockbierfest
verb. mit Tanzkränzchen.
H. Rieck.
NB. Am 16. Febr. Gr. Maskenball.

Wilhelm-Theater.
118) Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Adlershorst.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Arbeiter-Familienverein
für Renfeld u. Umgegend
Unser Ball findet
am 9. Februar
statt. Hierzu laden freudl. ein
Der Vorstand u. J. Süfke.

Tivoli
Wakenitzmauer 9.
Heute und folgende Tage:
Ausschank von ff. Bockbier.
Morgen Sonntag:
Gr. Bockbier-Abend
mit Unterhaltungsmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
F. Hildebrand, Vertreter.

St.-Gertrud-Schweinegilde
Einladung zum
Kappenfest
am Sonntag, d. 26. Januar
im Lokale
„Neulauerhof“.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Ginz. Dame 20 Pf., wofür Garder. 627
Das Komitee.

Friedrichshof.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Weisser Engel

Jeden Sonntag:
Freier Tanz.
Eintritt frei. (114) Bernh. Boldt.
Dilettanten-Klub „Freiheit“.

Großer theatralischer Abend
am Donnerstag, dem 30. Januar
im Konzerthaus „Flora“.
Zur Aufführung gelangt:
Die Dorfhexe
Volksstück in 4 Akten.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Karten im Vorverkauf 30 Pfg.,
an der Kasse 40 Pfg., Kinder 15 Pfg.
Programm frei. **Das Komitee.**
Karten sind zu haben bei Lexau,
Böttcherstraße; Jürs, Engelsgrube;
im Konzerthaus „Flora“ und bei
sämtlichen Mitglidern. (566)

Konzerthaus
Zauberflöte
Heute abend
sowie morgen Sonntag
wieder großes humorist.
Bockbierfest
unter Leitung d. Oberbocks
„Rehr“.
Kappen u. Lieder gratis!
Eintritt frei.
Anfang Sonntags 4 Uhr.
Stimmung! Humor!
Fidelitas! ist Parole.
Ludwig Kock.

Kalnbergsvariete.
Großer Lacherfolg
dieser humorist. Künstler-
Serie, mit der Burleske
„Katzenjammer“.

Hansa-Theater.
Sonntag, d. 26. Januar.
2 Vorstellungen der
Schlierseer.
Nachmittags Anfang 4 Uhr
!!! Kleine Preise !!!
Herbstmanöver
Lustspiel.
Abends 8 1/2 Uhr:
Auf vielseitigen Wunsch
s' Musikantendeandl
Bauernkomödie mit Gesang
und Tanz. (644)

Im Theater-Restaur. ab 5 Uhr
Bockbierfest. Entree frei.
Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr
Kabarett. Entree frei.
Montag, den 27. Januar:
Zum letzten Male
Aus der Art geschlagen.

Neues Stadttheater.
Sonntag, den 26. Januar 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr.
6. Volksvorst. Jeder Platz 50 Pf.

Alt-Heidelberg.
Schauspiel von Wihl. Meyer-Förster.
Die Verlobung der Blige findet
noch heute von 8-9 Uhr abends
an der Theaterkasse statt.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
110. Volkst. u. Volkst. u. Volkst. u. Volkst.
Neuheit!
König für einen Tag.
Romant. kom. Oper von Ad. Adam
in der Bearbeit. v. Paul Wolff.
Montag, den 27. Januar 1913:
Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.
111. Volkst. u. Volkst. u. Volkst. u. Volkst.
Fest-Vorstellung zur Feier des Aller-
höchsten Geburtstages Sr. Majestät
Kaiser Wilhelm's II.
Lohengrin.
Oper von Rich. Wagner.
Große Breite.
In Vorbereitung: „Der Ring
des Nibelungen“ v. Rich. Wagner.

Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

XII.

Diese in Aussicht gestellte Verteilung der Kontribution über alle Bewohner Lübecks rief eine große Bewegung hervor und veranlaßte fünfundachtzig Bürger — Aristokraten, Handwerker und Schiffer nebst einem Rechtsgelehrten zu einer Gegenvorstellung bei dem Prinzen v. Schmühl. In dem vom Maire befürworteten Schreiben hieß es u. a.: „daß sie die Erleichterung, welche ihnen dreihundert Mitbürgern in Aussicht gestellt sei, mit Freuden vernommen hätten, indem, wenn die drei Millionen Frs. von diesen sollten beigetragen werden, sechs bis sieben unter ihnen völlig ruiniert würden. Sollten indessen diese drei Millionen Frs. über alle Kontributionspflichtigen verteilt werden, so würden dreihundert bis vierhundert Familien ruiniert werden, und zwar Familien, deren Hausväter das Gouvernement nicht einmal für schuldig erklärt habe.“

Würden die Dreihunderttausend im Verhältnis der übrigen Kontributionspflichtigen besteuert worden sein, so hätten zu zahlen gehabt, (die Steuern nach der früheren Liste seien hier in Klammern wiedergegeben):

Dr. Curtius 1220 Frs. (25 000), Havemann 2440 Frs. (30 000), C. A. Jara 3660 Frs. (5000), Dr. Lembke 3660 Frs. (20 000), T. G. Wunderlich 3660 Frs. (35 000), Dr. Lindenberg 4880 Frs. (35 000), C. Müller 4880 Frs. (35 000), Dr. Buchholz 4880 Frs. (40 000), C. v. Schölzer 6100 Frs. (75 000), N. S. Müller 7320 Frs. (30 000), J. D. Souchay 7320 Frs. (45 000), A. Feldmann 7320 Frs. (45 000), S. Martz 7320 Frs. (45 000), Dr. Hach 9760 Frs. (20 000), N. J. Kusch 9760 Frs. (30 000), J. Köhler 9760 Frs. (35 000), S. J. Brodmann 9760 Frs. (45 000), Dr. Tesdorpf 12 200 Frs. (20 000), S. S. Behnde 12 200 Frs. (30 000), N. S. v. Evers 12 200 Frs. (35 000), G. S. v. Evers 12 200 Frs. (35 000), N. B. Wenke 12 200 Frs. (75 000), W. Plagmann 12 200 Frs. (100 000), C. Plagmann 14 640 Frs. (100 000), M. J. Brandt 14 640 Frs. (200 000), J. Kölling 14 640 Frs. (225 000), J. A. Hornung 19 520 Frs. (60 000), Demoiselle Rodde 24 400 Frs. (300 000), Witwe Stinking 24 400 Frs. (360 000), J. N. Steitersjohst 29 280 Frs. (75 000), Witwe Komen 29 280 Frs. (360 000), M. A. Souchay 34 160 Frs. (75 000), J. C. Coht 36 600 Frs. (475 000).

Die Dreihunderttausend wären somit, statt auf 3 Millionen Frs., nur auf 418 460 Frs. Steuern gekommen. Hieron wollte aber der Kaiser nichts wissen. Er war ungehalten über die Langsamkeit, mit der die Steuern eingetrieben wurden und drohte mit den schärfsten Repressivmaßnahmen. Hierauf ließ der Präfekt durch den Unterpräfekten die angesehensten und reichsten Einwohner zusammenkommen und ihnen erklären, daß, wenn nicht bis zum 12. August die erste Kontribution in Hamburg angelangt sei, der Prinz sein Ehrenwort gebe, daß alle Magazine und Warenlager, ohne Rücksicht auf den Besitzer, konfisziert und verkauft, auch noch mehrere andere strenge Maßnahmen gegen die Bewohner Lübecks ergriffen werden sollten. Zugleich forderte der Präfekt den Unterpräfekten auf, alles Mögliche zu tun, um solches Unglück von der Stadt abzuwenden, da es andererseits ein großer Vorteil für sie sein würde, wenn sie dem Willen des Kaisers ohne Zögern nachkomme.

All dieses hatte wenig Erfolg und brachte die Angelegenheit nicht im geringsten vorwärts. Auf der einen Seite folgte Drohung auf Drohung, auf der andern wurde die Taktik des Feilschens und Handelns fortgesetzt. Um jede Mark wurde aufs heftigste gestritten. Die Zeit verging. Da es in der Absicht Napoleons lag, nach Ablauf des Waffenstillstandes (17. August 1 Uhr nachts) auf Berlin zu marschieren zu lassen, mußte auch der Prinz von Schmühl alle disponiblen Truppen des hanseatischen Departements nach Hamburg dirigieren. Nachdem deshalb schon am 13. August alle nur irgend transportablen Kranken aus den Lübecker Hospitälern nach Hamburg geschafft worden waren, verließen auch am 15. August die französischen und dänischen Truppen die Stadt, um sich mit den von Hamburg ausgezogenen Truppen zu vereinigen. Die Wachen wurden von der Feuerwehr besetzt. Da die Verbündeten nahe bei der Stadt standen, verließen auch die kaiserlichen Beamten, aus Furcht aufgehoben zu werden, die Stadt und begaben sich ebenfalls nach Hamburg.

Die Archive, Stempelpapiere, Tabaksvorräte und dergl. wurden dem Maire-Adjunkten zur Aufbewahrung übergeben. Bevor die Behörden abzogen, ließ der Unterpräfekt bekannt machen, daß der Abzug der Truppen nicht als eine Räumung der Stadt angesehen werden dürfe, diese vielmehr durch die Bewegungen der Truppen hinlänglich beschützt und gedeckt sei; daß der Prinz-Gouverneur (v. Schmühl) Ruhe in der Stadt befiehlt, widrigenfalls er ebenso strenge gegen sie, wie früher nachsichtig verfahren würde und daß die Stadt dann nicht wieder mit Geld freikommen werde.

Man gab sich schon wieder der Hoffnung hin, von den Franzosen befreit zu sein. Der Munizipalrat beging sogar die Unklugheit, eine Deputation an das Burgtor zur Begrüßung der heranrückenden „Freunde“ zu entsenden. Die Freude war indessen verfrüht, denn die in der Nähe der Stadt befindlichen Streitkräfte der Verbündeten, konnten es wegen ihrer geringen Zahl gar nicht einmal wagen, die doch immer noch feindliche Stadt — deren Umzingelung damals den Franzosen so leicht gewesen — zu betreten, denn schon am 19. August rückten einige hundert dänische Dragoner von neuem in die Stadt ein, denen bald die französischen Behörden,

und nachdem die für Napoleon so unglückliche Schlacht bei Großbeeren (23. August) geschlagen war, auch größere französische Truppenteile folgten.

Mit der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten war die während der Zeit des Waffenstillstandes im Mecklenburgischen stehende hanseatische Legion wieder in Bewegung gekommen und nach Grabow marschiert. Die das 2. Infanterie-Bataillon bildenden Lübecker brachen von dort über Ludwigslust nach Dömitz auf. Nach manchem von Gefechten unterbrochenen Hin- und Hermarschieren war die Legion in der Verfolgung der Franzosen endlich am Morgen des 5. September unter Major von Arnim von Schönberg angelangt. Hier entbrannte bei der über die Mauerine führenden Brücke ein äußerst hartnäckiger Kampf. Die Brücke wurde, nebst den Häusern der zu derselben führenden Straße von den Franzosen angezündet, wodurch 21 Häuser eingeeäschert wurden. Da es jetzt keine Möglichkeit mehr gab, in die Stadt zu kommen, ging die 3. Eskadron der Legionäre auf Umwegen nach Selmsdorf und vertrieb die hier noch stehenden Franzosen, welche nun ihrerseits versuchten, so schnell wie möglich Lübeck zu erreichen. Der Kommandeur der französischen Avantgarde, General Charles La Lemanb erließ am 5. September aus Beforgung, daß die Bewohner Lübecks den hanseatischen Truppen bei ihren etwaigen Unternehmungen auf die Stadt, hilfreiche Hand bieten möchten, den Befehl, daß beim ersten Kanonenschuß alle Einwohner sich in ihre Häuser verfügen und dieselben verschlossen halten sollten, mit der Drohung, daß die auf den Straßen oder an den Fenstern Betroffenen würden niedergehakt oder erschossen werden. Am nachmittag desselben Tages schon erfolgte dieser Kanonenschuß.

Die Umstürzler von oben.

In einer halben Stunde waren die Mitglieder des deutschen Reichstages gesiebt, hier die Freunde der Selbstverständlichkeit eines Koalitionsrechtes, dort die Zucht-hauschwärmer, die Umstürzler von oben. Es lohnt sich nachzuprüfen, wie viel Wähler diese Reaktionäre noch hinter sich haben. Es verdient festgestellt zu werden, daß eine ganze Reihe von den Zweihunderttausend, die im Reichstage gegen die Berechtigung zum Streikpostenstehen gestimmt haben, in ihren Wahlkreisen im Januar 1912 mehr sozialdemokratische Stimmen hatten als eigene Anhänger! Dazu kommt noch eine Anzahl feudaler Umstürzler, denen die Sozialdemokratie schon recht nahe gerückt ist. Es handelt sich hier um die folgenden „Volksvertreter“. Diese hatten bei der Hauptwahl an eigenen und an sozialdemokratischen Wählern in ihren Kreisen folgende Anzahl:

	konf. Stimmen	soz. Stimmen
Rittergutsbesitzer v. Bonin (R.)	8 746	14 010
Gutsbesitzer v. Dergen (Rp.)	11 044	19 367
Generalleutnant v. Liebert (Rp.)	7 331	11 566
Geh. Justizrat Dr. Giese (R.)	10 339	11 217
Gutsbesitzer Witt (Rp.)	9 315	11 020
Rittergutsbesitzer v. Garner (R.)	10 511	10 984
Landgerichtsrat Straß (Rp.)	7 378	9 239
Rittergutsbesitzer v. Wöhlerdorf (R.)	7 250	8 328
Hofbesitzer Doerksen (Rp.)	4 708	5 305

Recht nahe gerückt sind die Sozialdemokraten den folgenden „Arbeiterfreunden“:

	konf. Stimmen	soz. Stimmen
Rittergutsbesitzer Frommer (R.)	7 941	7 694
Kentner Dr. Brendt (Rp.)	15 285	13 445
Justizrat Dietrich (R.)	10 634	7 992
Rittergutsbesitzer v. Graefe (R.)	7 084	5 679
Weinbändler Graefe (R.)	13 364	11 412
Amtsrichter Warmuth (R.)	8 322	6 814
Rittergutsbesitzer Goesch (R.)	10 511	7 434
Amtsgerichtsrat Gollschke (R.)	12 433	9 037
Rittergutsbesitzer Stubendorf (Rp.)	7 443	5 086
Rittergutsbesitzer Kraemer (Rp.)	8 860	5 429

Und nun die Reihe der Zucht-hauschwärmer, die sich noch mehr oder weniger sicher fühlen.

	konf. Stimmen	soz. Stimmen
Landrat Dr. Hagenscheidt (Rp.)	10 633	6 550
Rittergutsbesitzer v. Winterfeldt (R.)	11 664	5 270
Chefredakteur Maltewitz (R.)	12 959	4 528
Oberamtmann Rothe (R.)	11 408	4 046
Rittergutsbesitzer Weilenböck	14 351	4 756
Chefredakteur Dr. Vertel (R.)	8 549	3 915
Landwirt Vogt (R.)	11 735	3 038
Landgerichtsrat Schulz (Rp.)	13 596	2 968
Majoratsbesitzer v. Kanitz (R.)	10 032	2 964
Rittergutsbesitzer v. Massow (R.)	8 356	2 961
Gutsbesitzer Ritter (R.)	12 148	2 754
Rittergutsbesitzer v. Kröcher (R.)	12 073	2 407
Rittergutsbesitzer Böhm (Rp.)	15 341	2 397
Rittergutsbesitzer v. Vutlich (R.)	12 442	2 355
Dr. Becker-Pfeifen (natl.)	10 848	2 315
Gutsbesitzer Widmer (Rp.)	6 392	2 098
Rittergutsbesitzer v. Michaelis (R.)	14 567	1 937
Rittergutsbesitzer v. Seydbrand (R.)	10 802	1 718
Ökonomierat Siebenbürger (R.)	12 111	1 717
Majoratsbesitzer v. Wiederslow (R.)	11 404	1 708
Rittergutsbesitzer v. Garner-D. (R.)	11 308	1 620
Bürgermeister Niederlöbner (R.)	9 338	1 478
Gutsbesitzer Neß-Vogt (R.)	15 000	939
Baron Knigge, Rittergutsbesitzer (R.)	8 081	895
Rittergutsbesitzer Flemming (R.)	9 726	750
Regierungsrat a. D. Reeth (R.)	14 603	705
Landrat v. Witt (R.)	10 480	487
Oberverwaltungsgerichtsrat v. Westarp (R.)	11 749	454
Rittergutsbesitzer Neßel (R.)	12 249	423
Rittergutsbesitzer Necker-Bräunow (R.)	7 015	344
Baron Jän (Rp.)	11 129	339
Rittergutsbesitzer v. Meerstein (R.)	11 182	246

Die Herren, die draußen in der sicheren Hut ihrer konservativen Beamten und Helfer sitzen, meinen, es bliebe bei den paar hundert sozialdemokratischen Stimmen, sie mögen sich nicht täuschen! Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung schreitet immer vorwärts, sie wird ihr Teil dazu tun, daß der letzte Zucht-hauschwärmer aus der allerlehten dunkeln Ecke herausgejagt wird. Was wollen solche Leute, denen erst die Menschen beim Leutnant und Referendar anfangen, in einer Volksvertretung?

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Die am 11. Januar vertagten Verhandlungen wurden am 23. Januar fortgesetzt. Vor Eingang in die Verhandlung warfen die Arbeitgeber von neuem die bereits am 8. Januar erledigte Frage des Rechtes der am R. T. B. beteiligten Zentralorganisationen auf Abschluß von korporativen Sonderverträgen mit Nichtkontrahenten des R. T. auf. Sie wollten die protokollarisch festgelegten Erklärungen der Parteien nur so verstanden haben, daß nur örtliche Organisationen zum Abschluß von Sonderverträgen berechtigt sein sollten. Sie sahen in der von den Gehilfen betonten entgegengelegten Auffassung eine Verschiebung der bisherigen Rechtsverhältnisse und eine Gefahr für ihre Organisation. Nach energischen Ausführungen erachteten sie die Unparteiischen um eine Erklärung der von ihnen bei den letzten Verhandlungen zum Ausdruck gebrachten Meinung. Die Gehilfenvertreter blieben entschieden auf den einmal getroffenen Abmachungen bestehen, die die von den Arbeitgebern überraschenderweise aufgeworfene Deutung ausschließen. Nach reichlich einstündiger Sonderberatung der Arbeitgeber forderten sie erneut die Unparteiischen zu einer Erklärung auf. Diese lautete wie folgt:

„Die Unparteiischen waren sich der Tragweite ihres Vorschlages auf Grund der eingehenden Verhandlungen, wobei auch der bisherige und zukünftige Rechtszustand erörtert wurde, vollkommen bewußt und glaubten ihn wie oben festhalten zu sollen, umso mehr als nach dem Schlußsage, daß die Sonderverträge auf dem Reichstages aufzubauen sind, die Zentralorganisationen auch die Träger der Sonderverträge bilden müssen. Es muß dem Haupttarif a m t vorbehalten bleiben, in einzelnen Fällen zu befinden, ob bei zukünftig abzuschließenden Sonderverträgen die Voraussetzungen des Reichstages erfüllt sind.“

Danach bleibt es bei den einmal getroffenen Abmachungen. Der ganz unbegriffliche Verstoß der Arbeitgeber gegen bereits erledigte Streitfragen, die schon i. Zt. einen vollen Sitzungstag in Anspruch nahmen, hatte zur Folge, daß erst nach dreihündigen Verhandlungen in die Weiterberatung des Tarifmusters eingetreten werden konnte. Dabei wurden erörtert die Forderungen der Gehilfen auf Wegfall der sog. Agitationsklausel, demgegenüber die Arbeitgeber bedeutende Verschärfungen eingeführt wissen wollten. Ferner fordern u. a. die Gehilfen zwingendere Bestimmungen über die Beschaffung verschleißbarer Räume zur Aufbewahrung ihrer Kleidungsstücke auf den Arbeitsstellen und Lieferung von Handtüchern und Seife zur Erfüllung der Bundesratsvorschriften gegen die Gefahren der Weidervgiftung. Die Arbeitgeber lehnen demgegenüber die bisher schon bestandenen tariflichen Verpflichtungen unter kleinlichen Gründen ab.

Weiter wollten die Arbeitgeber die Bestimmung über Materialbestellung durch die Gehilfen derart verschlechtern, daß die Gehilfenvertreter sich von vornherein strikte dagegen wendeten. Ferner sollen Ansprüche der Gehilfen verfallen, die nicht innerhalb 10 Tagen geltend gemacht worden sind. Trotz eingehender Verhandlung konnte eine Einigung in all diesen Fragen nicht erzielt werden. Von prinzipieller Tragweite waren die Erörterungen über die vom Verbands der Maler zum Zwecke der Vereinfachung des bisherigen Instanzenweges beantragte Aufhebung der Gautarifämter. Danach würden die Ortstarifämter mit größeren Befugnissen ausgestattet und alle allgemeinen und prinzipiellen Tariffragen dem Haupttarifamt als Berufungs- und letzte Instanz unterbreitet, die Erledigung der Streitfragen beschleunigt, sich widersprechende Entscheidungen vermeiden und den Arbeitern alle die Rechtsgarantien zugesichert, die ihnen bei gewerblichen Streitigkeiten zustehen. Auch die Vertreter der anderen Arbeiterorganisationen schlossen sich diesen Gründen vollständig an. — Die Arbeitgeber wußten sachlich gegen diese wohl begründeten und eingehend dargelegten Argumente nichts zu erwidern; sie vermuteten lediglich dahinter allerhand Absichten der Gehilfen, ihre Interessen einseitig wahrzunehmen. Dagegen legten die Vertreter der Arbeiter entschiedene Verwahrung ein. Die Unparteiischen standen dem Grundgedanken der gemachten Vorschläge sympathisch gegenüber und stellten in Aussicht, ihrerseits nochmals die Angelegenheit eingehend zu prüfen.

Die Verhandlungen wurden bis Freitag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Maßregelung im Saarrevier. Im Saarrevier ist jetzt eine neue Maßregelung vorgenommen worden. Auf Grube „Velsen“ ist der Knappschafftsälteste Becker-Geld durch die Bergwerksbehörde entlassen worden. Becker-Geld gehört der freien Gewerkschaft an. Die Gründe der Entlassung sind noch nicht bekannt. — Gleichzeitig wird die Gründung eines nationalen Bergarbeiterverbandes, des königlichen Bergwerkreises im Saarrevier, gemeldet, der sich dem Bund deutscher Wertvereine angeschlossen hat.

Aus der Jugendbewegung.

Vernünftige Staatsaktion. Wie so viele andere Jugendausschüsse sollte auch der in Wunzlau (Schlesien) die ihm anvertraute Arbeiterjugend zu politischer Aufklärung verfaßt haben und der Staatsanwalt leitete eine langwierige und umfangreiche Untersuchung gegen den Vorsitzenden, Genossen Schöps, ein. Diesmal kam er aber nicht auf seine Rechnung, die Regierungskammer stellte sich ausnahmsweise einmal auf den Standpunkt, daß künstlerische und Bildungsanstrebungen, wie sie vom Jugendausschuß gepflegt werden, keine politischen Angelegenheiten seien.

Konsumenten! Mitbürger!

Der Lübecker Senat plant eine Ausnahmebesteuerung des Konsumvereins und damit eine neue Belastung der organisierten Konsumenten. Hiergegen gilt es, den schärfsten Protest zu erheben. Zu diesem Zwecke berufen wir eine

Oeffentl. Volksversammlung

zum **Diensstag**, dem **28. Januar**, abends **8 1/2 Uhr**
 im **Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52** ein.

Tagesordnung:

1. Der neue Raubzug auf die Taschen der Konsumenten.

Referent: Herr F. Vieth-Hamburg, Sekretär des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine.

2. Freie Aussprache.

Männer und Frauen! Zeigt durch einen Massenbesuch, daß Ihr nicht einverstanden seid mit der geplanten Anebelung des Konsumvereins.

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend.

NB. Die Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft sind hiermit freundlichst eingeladen. D. O.

(500)

Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.
 (C. S. Nr. 21.)

General-Versammlung

am Montag, dem 27. Januar 1913

abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912 und Jahresbilanz. 2. Wahlen nach § 17 des Statuts. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
 NB. Nach Schluß der Versammlung Vorlegung der Jahres-Abrechnung der Frauen-Sterbe-Kasse. — Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
 Der Vorstand.



Arbeiter-Radfahrer-
 Verein Lübeck.

Einladung

zum

großen Maskenball

am Sonntag, dem 26. Januar 1913

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Anfang 5 Uhr. Lokalöffnung 4 Uhr. Um 8 Uhr: Großer Maskenzug.
 Ende 4 Uhr. Demaskierung 11 Uhr.

Eintrittspreis für Mitglieder 10 Fig. pro Person.

Eintrittspreis für Fremde 60 Fig. pro Person.

Fremde Bierpreis und Kinder haben freien Zutritt.

Sämtliche Auführungen finden von 6 bis 8 Uhr statt und beginnen präzis 6 Uhr. — Zur Auführung gelangt das Drama: „Am Strassen“.

Das Tanzen ist von 8—11 Uhr mit einer humoristischen Kappe gestattet.

Eingang für Masken Johannisstraße 52.

Masken-Garderoben und Friseur im Lokal.

Das Komitee.

Gesangverein Einigkeit, Schlutup.

Maskenball und Kappentfest

am Sonntag, dem 9. Februar 1913

im Lokale d. Herrn Vetter, Gasthof „Zur Post“.

Anfang 7 Uhr. Demaskierung 11 Uhr. Eintritt für Mitglieder 10 Fig., für Fremde 60 Fig., für Damen 40 Fig.
 während der Maskerade ist das Aufkommen der nur mit Kappen versehenen Personen nicht gestattet, jedoch können dieselben mit einer maskierten Person tanzen, wenn sie von dieser dazu aufgefordert werden. Nicht maskierte Personen, welche am Tanz teilnehmen, müssen mit einer Kappe versehen sein. Fremde Bierpreis und Kinder haben freien Zutritt. Preisentlohnung und in großer Auswahl am 8. Februar, von nachmittags 4 Uhr an, zu billigen Preisen im Lokale des Herrn Vetter zu haben.

Das Komitee.

Konsumverein für Lübeck u. Umg.

e. G. m. b. H.

Achtung, Mitglieder! Genossen u. Genossinnen!

Durch die vom Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 22. Januar erfolgte Annahme des Warenhaussteuergesetzes ist die Gefahr der Annahme dieser Steuer durch die Bürgerschaft bedeutend größer geworden.

Diese Steuer bildet aber eine neue außerordentliche Belastung und muß als eine Ausnahmesteuer für den Konsumverein betrachtet werden, die von unseren Gegnern gefordert wird, um unsere jetzige aufstrebende Entwicklung zu hemmen.

Diese gegen uns beabsichtigte Ungerechtigkeit allen Bevölkerungskreisen Lübecks vor Augen zu führen, soll am Sonntag ein Flugblatt verteilt werden.

Um dies erfolgreich vornehmen zu können, wenden wir uns an alle Mitglieder, Männer und Frauen, mit der Bitte, uns bei der Verbreitung dadurch tatkräftig zu unterstützen, daß sie sich am

Sonntag, dem 26. Januar, morgens von 1/2 8 bis 8 Uhr,

in den nachbenannten Lokalen zur Entgegennahme der Flugblätter einfinden:

- Für die Stadt: Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52,
- „ St. Lorenz-Nord: Kegelhalle, Waisenhoffstr. 23,
- „ St. Lorenz-Süd: Abgabestelle VI, Lindenstr. 48,
- „ Burgtor: Restaurant J. Groht, Kottwitzstr. 16,
- „ Hürtertor: Restaurant Wakenitz-BelleVue,
- „ Elswigstraße: Abgabestelle VII, Elswigstr. 9a,
- „ KronsforderAllee: Abgabestelle XIII, Kronsf. Allee 105,
- „ Moisling: Kaffeehaus Schreiber,
- „ Schlutup: Abgabestelle Brehmerstraße,
- „ Vorwerk: beim Mitglied Passarge,
- „ Travemünde: Kolosseum.

Beteilige sich ein jeder! Es gilt einen Schlag gegen die unbemittelte Bevölkerung abzuwehren!
 Der Vorstand.